



# Kultur fördern, unser Erbe bewahren

Kulturpolitik für Deutschland

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel  
in ihrer Regierungserklärung am  
30. November 2005:**

„Unsere Kultur ist die Grundlage unseres Zusammenhaltes. Deshalb ist Kulturförderung für diese Bundesregierung keine Subvention. Sie ist eine Investition, und zwar eine Investition in ein lebenswertes Deutschland.“



Treffen der Arbeitsgruppe Kultur  
und Medien mit  
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel  
am 7. Oktober 2010

# **Kultur fördern, unser Erbe bewahren**

Kulturpolitik für Deutschland

# Vorwort

## Kultur festigt und bereichert Menschen



**Wolfgang Börnsen (Bönstrup)**  
Kulturausschuss des Deutschen Bundestages  
Kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Kultur schafft Lebensfreude, stiftet Identität und prägt unseren Alltag in allen Lebensbereichen. Das Profil des Deutschlandbildes in der Welt wird ganz entscheidend durch unsere Kultur und Sprache gestaltet.

Kultur hat Einfluss auf den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die persönliche Entwicklung jedes Einzelnen. Wir von der Unionsfraktion gehen bei unserem kulturpolitischen Verständnis von dem Recht des Menschen auf Freiheit und zugleich seiner Mitverantwortung für die Gestaltung unserer Gesellschaft aus. Wir bekennen uns zur Freiheit von Kunst und Kultur. Nicht Staat und Politik, sondern die Kunst- und Kulturschaffenden selbst bestimmen die Inhalte ihres Schaffens und tragen die Verantwortung dafür. Die einzigartige kulturelle Vielfalt in Deutschland ist nur in Freiheit möglich. Kunst darf in einem freiheitlichen, demokratischen Staat kein Instrument der Politik sein.

Wohl aber trägt der Staat – in den Kommunen wie in den Ländern und im Bund – eine besondere Verantwortung für Kunst und Kultur. Im Zusammenwirken aller drei Ebenen muss es gelingen, die Kultur zu stärken und ihr Gestaltungsräume zu schaffen. Die Kultur liegt verfassungsrechtlich in der Kompetenz der Länder, doch die Bundesregierung weiß um ihre nationale Mitverantwortung. Dank der Unterstützung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und der umsichtigen Politik

vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann, erfährt die Kulturpolitik des Bundes allseits Anerkennung. Siebenmal in Folge wurde der Haushalt des Beauftragten erhöht, derzeit umfasst der Etat rund 1,2 Milliarden Euro. Das hat es bisher noch nie gegeben.

## Kulturelle Vielfalt, für alle zugänglich

Unser kultureller Reichtum beruht auf der Kreativität, der Mitwirkung und der Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. In zahlreichen Verbänden und Vereinen, Stiftungen, Kirchen oder Bürgerinitiativen engagieren sie sich professionell oder ehrenamtlich. Dafür danken wir ihnen. Darin eingeschlossen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Kultureinrichtungen unseres Landes sowie der Deutsche Kulturrat als ambitionierter Interessenvertreter von über 200 Kulturverbänden in Deutschland.

Wir treten ein für kulturelle Lebendigkeit, für Vielfalt, für Vitalität und Experimentierfreude. Wir möchten, dass Kultur für alle und überall zugänglich ist. Deshalb schließen sich Spitzen- und Breitenkultur nach unserer Auffassung nicht aus.

Wir richten unsere Kulturpolitik auch an den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Kultur für Deutschland“ aus und sorgen für deren Umsetzung.

Deutschland ist eine Kulturnation. Unsere Sprache ist in besonderer Weise identitätsstiftend. Unsere Kulturlandschaft gehört zu einer der vielfältigsten und schönsten in der Welt. Wir sind reich an Kultur. Das wollen wir bleiben.

Wer die Kultur fördert, stärkt nicht nur die Persönlichkeit des Einzelnen, sondern leistet auch einen Beitrag zur Stabilität und Lebendigkeit unserer Demokratie.



Wolfgang Bos

# Inhalt

- 2 Vorwort  
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
- 7 **Wir müssen die Künstler schützen**  
Volker Kauder
- 13 **Kultur ist kein dekorativer Luxus**  
Prof. Monika Grütters
- 17 **Investitionen in die Kultur sind Investitionen  
in die Zukunft unserer Gesellschaft**  
Interview mit Kulturstaatsminister Bernd Neumann
- 23 **Zukunftsbranche Kultur- und Kreativwirtschaft**  
Dagmar Wöhrl
- 25 **Das Erbe der Menschheit bewahren  
und weiterentwickeln**  
Dr. Peter Ramsauer
- 29 **Virtuelles Schaufenster unserer Kultur-  
und Wissensnation**  
Thomas Strobl
- 33 **Kino für alle und überall erhalten**  
Marco Wanderwitz
- 35 **Neugierige Köpfe braucht das Land**  
Interview mit Dorothee Bär
- 37 **Kulturelle Teilhabe für alle**  
Maria Michalk

- 39 **Bürger in Bewegung –  
das Freiheits- und Einheitsdenkmal**  
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
- 43 **Musikförderung ist Kulturförderung**  
Christoph Poland
- 45 **Die Erinnerung wachhalten**  
Beatrix Philipp
- 49 **Die Kulturlandschaft in Deutschland an ihren  
Wurzeln stärken**  
Prof. Dr. Norbert Lammert
- 53 **Dem Neuen eine Lobby – die Kulturstiftung des Bundes**  
Michael Kretschmer
- 55 **Freiheit der Kunst als Grundrecht**  
Erika Steinbach
- 57 **Vielfalt in der Einheit – europäische Kulturpolitik**  
Dr. Hans-Gert Pöttering
- Anhang
- 61 Die Arbeitsgruppe Kultur und Medien  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 64 Parlamentarische Initiativen der Arbeitsgruppe  
Kultur und Medien
- 66 Ausgaben des Beauftragten der Bundesregierung  
für Kultur und Medien 2012
- 72 Impressum





# Wir müssen die Künstler schützen

Das Urheberrecht muss mit der Freiheit des Internets ausgesöhnt werden

Der Mensch lebt bekanntermaßen nicht vom Brot allein. Der Satz aus der Heiligen Schrift ist ein geläufiges Sprichwort. Den Menschen befriedigen nicht nur die materiellen Güter. Der menschliche Geist sehnt sich nach mehr. Der Mensch ist ein Kulturwesen. Er findet Erfüllung in der Musik, den bildenden Künsten und der Literatur. Die Künstler sind es, die uns das „Brot für den Kopf“ liefern.

Eine Gesellschaft braucht die Kultur, will sie dem Wesen des Menschen entsprechen. Darum fördert der Staat die Künste auch nachhaltig. In den vergangenen Jahren hat die christlich-liberale Koalition die Unterstützung sogar noch leicht steigern können. Noch wichtiger als die Subventionierung ist jedoch im Zeitalter des Internets etwas anderes. Wir müssen die Grundlagen dafür erhalten, dass ein Künstler von seiner Arbeit leben kann.



**Volker Kauder**  
Vorsitzender der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion

Diese Basis ist das Urheberrecht. Es garantiert zwar nicht das Auskommen der Künstler, ist aber notwendige Voraussetzung dafür. Es gab zu allen Zeiten Künstler, die in materielle Not geraten sind. Wir erinnern uns an das Beispiel Heinrich von Kleists, der sich vor 200 Jahren auch wegen seiner Schulden das Leben nahm. Kleist hatte sich mit einem Zeitungsprojekt übernommen. Wer sich der Kunst widmet, wagt immer viel. Zur Kunst gehört das Scheitern. Ein Künstler muss aber umgekehrt die Möglichkeit haben, mit seiner Arbeit auch ein Auskommen zu erreichen.

Ich kann daher die Schriftsteller und Musiker nur allzu gut verstehen, die in den vergangenen Monaten vehement den Schutz ihres geistigen Eigentums auch im Internet gefordert haben. Eine reine Gratiskultur kann es im Internet nicht geben. Auf einer Veranstaltung unserer Fraktion hat die Präsidentin der Deutschen Filmakademie, Iris Berben, im Frühjahr 2012 gesagt: „Ohne Urheberrecht geht im Kino das Licht aus.“ Wir können diesem Satz nur zustimmen.

## Kunst verdient Respekt – auch in Zeiten des Internets

Jeder Musiktitel, jedes Gedicht, jeder Film ist ein Werk, dem Respekt entgegenzubringen ist. Das gilt natürlich auch für die Artikel von Journalisten oder die Bilder der Fotoreporter. Dieser Respekt beinhaltet, dass derjenige voll über das verfügen können muss, was er geschaffen hat. Der, der ein Werk nutzen will, muss im Zweifel dem Schöpfer dafür etwas zahlen. Dieses Prinzip muss weiter gelten.

Das Internet sollte aber nicht als Gegenspieler der Kultur angesehen werden. Das Internet ist ein Wissensmotor. Nie war Wissen leichter abzurufen als über das Netz. Wikipedia betrachte auch ich bei aller Vorsicht im Umgang als eine Errungenschaft. Und die Urheber werden sicher einräumen, dass das Internet ein Medium ist, das wie kein anderes die Popularität von Künstlern fördern kann – und zwar auch ohne riesige Werbeetats.

Pop-Songs werden heute allein dadurch bekannt, dass sie auf YouTube präsentiert werden. Via Facebook tauschen sich die Nutzer über die neuesten Musikrends aus. Im Netz werden Stars gemacht. Es sind nicht mehr nur die Musikverlage, die entscheiden, wer bekannt wird. Die Basis übernimmt das. Früher hätte man gesagt: „Per Abstimmung mit den Füßen“. Heute würde man sagen: „Per Abstimmung mit dem Mausclick.“

Ich selbst bin in den sozialen Netzwerken nicht aktiv. Ich habe immer noch Vorbehalte gegen diese Art der Kommunikation. Aber das ist ein anderes Thema.

Wenn ich im Internet unterwegs bin, dann als Rezipient. Ich nutze mein iPad, um mich auf dem Laufenden zu halten. Mit Begeisterung lese ich Apps der Zeitungen. Als Politiker bin ich im Netz präsent.

Ich respektiere aber natürlich auch die vielen Millionen, die über das Internet miteinander kommunizieren, andere an ihren Ideen teilhaben lassen wollen, ja selbstverständlich auch die, die andere mal auf das eine oder andere Musikstück oder einen Film hinweisen, es „teilen“ wollen. Auch das gehört zur Freiheit.

## Wir brauchen einen fairen Ausgleich der Interessen

Die bisherige Diskussion über den Schutz des geistigen Eigentums und die Freiheit des Internets bewegte zu einem Schwarz-weiß. Diese Art der Debatte hilft letztlich keinem, auch nicht den Künstlern. Beide Werte – die Wahrung des geistigen Eigentums und die Freiheit der Kommunikation im Internet – haben einen hohen Rang. Sie müssen zu einem Ausgleich gebracht werden. Das Internet und der Schutz des geistigen Eigentums müssen ausgesöhnt werden.

Dieser Ausgleich obliegt zunächst den Gerichten. Sie haben die Aufgabe, das Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden Verfassungsgütern – dem Eigentum und der Freiheit – aufzulösen. Das ist nichts Neues. Die Pressenkammern der Landgerichte entscheiden jeden Tag über Fälle, in denen die Freiheit der Berichterstattung gegen das Persönlichkeitsrecht der Betroffenen abgewogen wird.

Erst kürzlich hat das Landgericht Hamburg über die Pflichten von YouTube entschieden. Es hat ein salomonisches Urteil gefällt, das sowohl die Freiheit des Internets respektiert als auch den Urhebern von Musik gerecht wird. Der Inhalt: YouTube muss zwar von sich aus nicht alle Inhalte auf Urheberrechtsverletzungen prüfen. Es muss aber beanstandete Videos schnell aus dem Angebot nehmen – und der Anbieter muss vor allem dafür sorgen, dass sie nicht wieder eingestellt werden. Das ist ein echter Interessenausgleich.

Gefreut hat mich an dem Urteil, dass YouTube Grenzen aufgezeigt wurden. Als Plattform dient auch YouTube der freien Kommunikation. Der Google-Konzern verdient aber eine Menge Geld mit seinem Angebot. Es ist kommerziell. Umso mehr kann von einem solchen Konzern verlangt werden, dass er die Rechte der Urheber beachtet. Überhaupt muss derjenige, der im Internet Geschäft mit Inhalten macht, diese Inhalte eher kontrollieren als der private User.

Auch in unserer Fraktion diskutieren wir schon seit längerem über den Wert und die Grenzen des Internets. Natürlich, wir haben in unseren Reihen ebenfalls eine Gruppe von mehr Internetaffinen und auf der anderen Seite eine Reihe von Abgeordneten, die eher den Wert des geistigen Eigentums verteidigen. Beide Seiten haben einen Konsens gefunden. Gemeinsam bekennt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dazu, dass ein gerechter Interessenausgleich zwischen den Künstlern und den Nutzern herbeigeführt wird. Gegebenenfalls muss das Urheberrecht modernisiert werden, ohne dessen Grundsätze aber über Bord zu werfen.

Nicht alles, was möglich ist, kann auch erlaubt sein

Die Politik muss genau beobachten, wie sich dieses Spannungsverhältnis zwischen Urheberrecht und Internet weiter entwickelt. Die Frage ist: Gibt es einen angemessenen Ausgleich der Interessen oder besteht eine Schiefelage, vielleicht auch ausgelöst durch immer neue technische Möglichkeiten? Zeichnet sich ab, dass von einem fairen Interessenausgleich nicht mehr die Rede sein kann, muss die Politik aber auch den Mut haben einzugreifen und zu regulieren.

Schaue ich auf die anderen Parteien und Fraktionen, so scheinen sie mir von einer Art Schockstarre befallen zu sein. Sie ist ausgelöst durch das Emporkommen der Piratenpartei, deren Markenzeichen die angeblich so schöne grenzenlose Freiheit des Internets ist. Keine der anderen Parteien scheint sich im Augenblick zu trauen, verantwortungsvoll über den beschriebenen Ausgleich der Interessen zu sprechen. Courageierte Politik muss dies aber tun.

Wenn die Piraten etwa fordern, jede Form von Musiktauschbörsen zu legalisieren, muss dem widersprochen werden. Nicht alles, was technisch geht, muss per se erlaubt sein. Wenn die Tauschbörsen einen kommerziellen Charakter haben, müssen die Nutzer das Urheberrecht in jedem Fall beachten. Anzeichen für eine kommerzielle Nutzung ist für mich stets, wenn das Angebot werbefinanziert ist. Es kann nicht sein, dass der Diebstahl einer CD im Supermarkt bestraft wird, das Herunterladen von Musik ohne Gegenleistung jedoch keine Folgen haben soll. Jede andere Lösung würde das Urheberrecht einseitig auf Kosten der Musiker entwerten. Die Strafverfolgungsbehörden benötigen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität eine angemessene technische und personelle Ausstattung. Der Fall Kino.to hat gezeigt, dass für eine effektive Ermittlung Ressourcen und Kompetenzen gebündelt werden müssen. Deswegen sollten Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Verfolgung illegaler Streaming-Plattformen gebildet werden. Ferner bin ich der Meinung, dass auch eine Kulturflatrate nicht die richtige Antwort wäre. Selbst ein solches Modell würde unverhältnismäßig in die Grundrechte der Kreativen eingreifen.

Im Sinne des Ausgleichs zwischen den Interessen muss auf der anderen Seite über die Reichweite der digitalen Privatkopie nachgedacht werden. Dabei wird oft übersehen: Das geltende Recht gestattet schon heute digitale Privat-Kopien. Allerdings darf das Original nicht kopiergeschützt sein. Die Rechtsprechung hat Obergrenzen für die Zahl der Kopien festgelegt. Die Kopien dürfen höchstens im Freundeskreis weitergegeben werden. Dabei gehen die Urheber nicht leer aus: Sie profitieren bei privaten Kopien von einer Abgabe auf die Speichermedien.

## Mehr Transparenz

Es wird nun die Frage diskutiert, ob diese Befugnis, eine solche Kopie herzustellen, nicht auch auf kopiergeschützte Medien erweitert werden sollte. Die Mehrheit der Nutzer würde dies sicher freudig begrüßen. Ich rate

allerdings momentan zur Vorsicht. Selbst wenn man im Gegenzug die Abgabe auf Speichermedien erhöhen würde, wäre die Abschaffung des rechtlichen Kopierschutzes wiederum ein gravierender Eingriff in das geistige Eigentum.

Es sollte zunächst beobachtet werden, ob nicht die Musik-Anbieter zum Beispiel von sich aus die Kopierbefugnisse erweitern, um etwa die Weitergabe von Titeln in der Familie oder im Freundeskreis zu ermöglichen. Auch sollte daran gedacht werden, den Hinweis auf den Kopierschutz und die Kopierbefugnisse deutlicher herauszustellen. Das würde die Transparenz erhöhen und den Kunden die Kaufentscheidung erleichtern.

Wir sind erst am Anfang der Diskussion um die Ausgestaltung des rechtlichen Rahmens für das Internet. Der Ausgleich mit dem Urheberrecht ist nur ein Aspekt. Ähnlich wichtig ist die Sicherung der Persönlichkeitsrechte. Eins ist klar: Die Politik muss sich dieser Themen noch stärker annehmen. Das Internet verändert die Welt. Wir sollten dafür sorgen, dass das Internet ein echter Fortschritt bleibt – auch für die Künstler.

# Kultur ist kein dekorativer Luxus

Vom Wert der Kunst und Kultur

Deutschland war zuerst eine Kultur- und dann eine politische Nation. Nationale Identität wächst vor allem aus dem Kulturleben eines Landes. Dazu gehört nicht allein das kulturelle Erbe, so eindrucksvoll und schützenswert es auch ist. Dazu gehört auch das Neue, die Avantgarde. Auch für sie gilt die Grundlage staatlicher Daseinsfürsorge für Kultur und Wissenschaft, die in Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes formuliert ist: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Das können sie jedoch nur, wenn der Staat ihre Freiheiten schützt, sie unabhängig macht von Zeitgeist und Geldgebern. Kunst und Kultur brauchen Freiraum, um sich entfalten zu können.

Aus unserer jüngeren Geschichte mit zwei Diktaturen haben wir gelernt: Meinungsfreiheit und öffentliche Kritik sind konstitutiv für eine Demokratie. Das heißt, wir müssen die Kreativen und die Intellektuellen immer wieder ermutigen, kritisch und widerspenstig Grenzen auszuloten. Nonkonformismus im besten Sinne ist hier gefragt.



**Prof. Monika Grütters**  
Vorsitzende des Kulturausschusses  
des Deutschen Bundestages

Deshalb pflegt Deutschland nicht nur seine kulturellen Institutionen, sondern fördert mehr als fast jedes andere Land der Welt seine Künstler. Sie sind die Vordenker, die Avantgarde im besten Sinne. Die einschlägigen Instrumente der Anerkennung ihrer Rolle für die Gesellschaft sind die Künstlersozialkasse, das Urheberrecht – und die ermäßigte Umsatzsteuer auf Kulturgüter.

## Existenzgrundlagen der Künstler verteidigen

Nachdem die EU Deutschland wieder einmal eine Diskussion um die Mehrwertsteuer, diesmal die Sätze für Kunstgegenstände, aufgezwungen hat, zeigt die heftig geführte Debatte, dass es nur vordergründig um Finanz- oder Rechtspolitik geht. Im Gegenteil: Im Kern sind gerade diese Instrumente von zentraler kulturpolitischer Bedeutung. Die Kultur und die Kulturpolitik in Deutschland sind also einmal mehr gefordert, ihr Selbstverständnis zu verdeutlichen und die Existenzgrundlagen der Künstler in Deutschland zu verteidigen.

Die Avantgarde braucht Freiraum, um sich entfalten zu können. Die Politik muss die Kreativen ermutigen, kritisch und widerspenstig Grenzen auszuloten. Nonkonformismus im besten Sinne ist gefragt.





Der ermäßigte Steuersatz war und ist für viele Kultursparten ein wesentliches Instrument indirekter Kulturförderung, der allen Nutzen bringt: den Künstlern, die ihre Werke verkaufen, dem Kunstmarkt, der die Arbeiten vermittelt und handelt, und den Kulturnutzern, denen eine preiswertere Teilhabe am kulturellen Leben ermöglicht wird. Die jetzt drohende Erhöhung der Umsatzsteuer für Kunstwerke wird ein Rückschlag sein, und er trifft nicht zuletzt die öffentlichen Museen, die ohnehin nur über geringe Ankaufetats verfügen.

Hinzu kommt, dass die Mehrwertsteuer eine Verbrauchssteuer ist. Kunstwerke werden aber nicht im herkömmlichen Sinne „verbraucht“, sondern sie sind Kulturgüter, Anschauungsobjekte, individuell hergestellte Originale, die unter großem Aufwand geschaffen wurden, die gepflegt und oft generationenübergreifend erhalten werden. Der Konsumbegriff ist hier also völlig fehl am Platz.

## Finanzieller Ausgleich unausweichlich und wichtig

Nun scheint es unabwendbar, dass Deutschland in Kürze den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für den Handel mit Kunstgegenständen auf den normalen Satz wird anheben müssen. Um die Wettbewerbsfähigkeit dieser Branche nicht entscheidend zu schwächen, müssen die wahrscheinlich zu erwartenden Steuermehreinnahmen auch wieder dem Kunstsektor zu Gute kommen, so dass die Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt und die Auswirkungen auf Kunst und Künstler aufgefangen werden.

Kompensationsmaßnahmen sind also unausweichlich und wichtig, wenn die Kulturpolitik glaubwürdig bleiben soll. Die Einführung einer Margenbesteuerung – möglichst mit dem Ziel der Pauschalmarge – und den Erhalt der Differenzbesteuerung gilt es zu unterstützen. Alternativ wären die Erhöhung des Bundeszuschusses bei der Künstlersozialkasse und die Anhebung von Ankaufstiteln für die vom Bund geförderten Institutionen zu fordern. Konsequenter wäre jetzt auch ein Aufwuchs im Etat der Initiative Kultur und Kreativwirtschaft.



Die Vermittler, die Galerien, sind mittelständische Unternehmen. Sie sind aber ebenso Kunstsachverständige und Kunstförderer, tragen erheblich zur kulturellen Bildung bei und kümmern sich oft jahrelang um Künstler, ehe diese wahrgenommen und anerkannt werden. Von der Arbeit der Galerien profitieren auch Museen, Institutionen und die Wissenschaft. Mit ihren zahllosen Ausstellungen und Publikationen leisten sie nachhaltige Vermittlungsarbeit für die Kunst.

## Es geht ums Ganze

Dass Deutschland und besonders Berlin eine hohe Anziehungskraft auf Kreative aus aller Welt ausüben, hat nicht zuletzt mit diesen Rahmenbedingungen etwas zu tun. Die internationale Vitalität bezieht die Stadt zu einem Großteil bekanntlich aus der Kunstszene, ihrem Ruf als vielfältiger, intensiver Produktionsort. Maßgebliche Änderungen der Rahmenbedingungen für die Kunstproduktion trafen also auch den Lebensnerv unserer Hauptstadt. Zunächst aber muss die Debatte über die Werte geführt werden, die eine Gesellschaft zusammenhalten – auch und gerade in Europa. Kultur ist keine Ausstattung, die eine Nation sich leistet. Kultur ist eine Vorleistung, die allen zugute kommt. Sie ist kein dekorativer Luxus, sondern Ausdruck von Humanität. Es geht nicht um eine fiskalpolitische Kleinigkeit, sondern es geht ums Ganze. Um die Identität der Kulturnation Deutschland.

# Interview

## „Investitionen in die Kultur sind Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft“

Herr Staatsminister, der Kulturetat ist in Ihrer Amtszeit zum siebten Mal in Folge gewachsen. Nicht nur Ihre Kabinettskollegen fragen sich: „Wie schafft der das bloß?“

*Bernd Neumann:* In der Tat ist die Haushaltssteigerung von 2006 bis 2012 um rund 17 Prozent in den Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise ein großer Erfolg für die Kultur. Dafür gibt es kein eindeutiges Rezept, aber mein politisches Netzwerk hat mir bei meiner Überzeugungsarbeit genauso geholfen wie die Tatsache, dass ich als erster Kulturstaatsminister gleichzeitig auch Abgeordneter bin. Die Koalitionsfraktionen unterstützen mit ihrem gewachsenen Verständnis für die Kultur immer wieder, dass Ausgaben für Kultur eben keine Subventionen, sondern wichtige Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft sind.



**Bernd Neumann**  
Beauftragter der Bundesregierung  
für Kultur und Medien

Hinzu kommt, dass es sich ohnehin nicht rechnet, an der Kultur zu kürzen, weil die Kulturausgaben im Schnitt nur 1,9 Prozent der öffentlichen Haushalte ausmachen. Hier gibt es also wenig einzusparen, aber viel an gesellschaftlich wertvollen Initiativen kaputt zu machen.

**Nach wie vor ist es ein gewisses Wagnis, sich eine Existenz als Künstler aufzubauen. Wie kann die Politik Kulturschaffende wirksam unterstützen?**

Der gestiegene Kulturetat ist ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Lage der Künstler, weil er ihrer Arbeit und ihrem Lebensunterhalt zugute kommt. In den vergangenen Jahren haben wir zudem wichtige Verbesserungen bei den sozial- und steuerrechtlichen Regelungen durchgesetzt.

Die Bundesregierung hat zum Beispiel beim Anspruch auf Arbeitslosengeld I für eine Anpassung gesorgt, die den Besonderheiten des Kultursektors besser gerecht werden. Wir haben vor, diese Regelung 2014 erneut zu überprüfen, um zu weiteren Verbesserungen zu kommen. Die soziale Sicherung der Künstler ist mir besonders wichtig. In den vergangenen Jahren haben wir die Künstlersozialversicherung gestärkt und zukunftsfest gemacht.

Für freiberufliche Bühnenregisseure und -choreographen konnten wir eine Umsatzsteuerbefreiung erreichen. Das beseitigt die bisherige Ungleichbehandlung. Ein weiterer Punkt sind die EU-Vorgaben, wonach der Kunsthandel künftig nicht mehr vom ermäßigten Steuersatz profitieren kann. Die Bundesregierung hat sich mittlerweile darauf verständigt, die entstehende Mehrbelastung für die Branche weitgehend auszugleichen.

Last but not least haben wir das Kompetenzzentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes mit bundesweit acht regionalen Anlaufstellen eingerichtet, das gewerblich arbeitende Künstler und Kreative erheblich unterstützt. Beim Schutz des geistigen Eigentums allerdings ist die Politik, speziell das Justizministerium, noch in der Pflicht.

### **Lässt sich geistiges Eigentum in der digitalen Welt überhaupt wirksam schützen?**

Das ist die derzeit größte Herausforderung für die Kulturpolitik. Die Inhalte waren noch nie so ungeschützt wie heute. Deshalb müssen wir zügig Lösungen entwickeln, um auch im digitalen Zeitalter den Schutz kreativer Leistungen sicherzustellen. Schon Ende 2010 habe ich mich dazu mit meinem Zwölf-Punkte-Papier positioniert. Ich kämpfe dafür, dass das Recht am geistigen Eigentum

auch im Netz seine Bedeutung behält, sonst könnten wir uns gleich vom Urheberrecht verabschieden.

Dieser Ansatz ist letztlich im Interesse aller, denn ohne die von den Kreativen geschaffenen Inhalte wäre das Netz nicht mehr attraktiv! Diese kulturelle Vielfalt darf nicht durch Gedankenlosigkeit und Gratsimentalität bedroht werden. Hier müssen konkrete Reformvorschläge auf den Tisch. Dazu gehören zum Beispiel die Betonung der Providerverantwortung, das Warnhinweismodell und nicht zuletzt auch eine Stärkung des Bewusstseins für kreative Leistungen bei den Nutzern. Beim Leistungsschutzrecht für Zeitungsverlage hat die Bundesregierung bereits einen Gesetzentwurf vorgelegt, der Presseverlage bei der Durchsetzung ihrer Rechte im Internet stärkt. Auch Journalisten sollen eine angemessene finanzielle Beteiligung an der Verwertung erhalten.

**Weitere Schwerpunkte der Kulturpolitik des Bundes sind die Förderung von Kunst und Kultur sowie der Erhalt des kulturellen Erbes. Ist das nicht eigentlich Aufgabe der Länder?**

Ja und nein. Richtig ist, dass die Kulturförderung nach dem Grundgesetz in erster Linie Sache der Länder und Gemeinden ist. Sie finanzieren den größten Teil der öffentlichen Kulturausgaben. Der Bund ist zuständig für die kulturellen Einrichtungen von nationaler Bedeutung und für die kulturelle Repräsentation des Bundes in Berlin. Für diese Aufgaben übernimmt er mit rund 1,2 Milliarden Euro etwa dreizehn Prozent der Gesamtausgaben für Kunst und Kultur. Deshalb unterstützt mein Haus, zum Teil gemeinsam mit den Ländern, zahlreiche national bedeutsame Kulturinstitutionen wie die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, das Deutsche Literaturarchiv in Marbach, die Stiftung Weimarer Klassik, die Zeche Zollverein, das Hambacher Schloss und weitere Einrichtungen in der gesamten Republik. Auch Museen, die sich der Geschichte der Deutschen widmen, und Gedenkstätten sowohl für die Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes als auch der SED-Diktatur gehören dazu.

Der Bund fördert zudem die Sanierung von herausragenden Baudenkmalern, die unser nationales kulturelles Erbe mit prägen. Schließlich fühlen wir uns als Gesamtstaat auch für die historisch gewachsene kulturelle Vielfalt verantwortlich, die Deutschland so attraktiv macht.

**Denkmäler kann man sanieren, aber viele unserer wertvollsten Überlieferungen – von Wissenschaft über Dichtung bis hin zur Musik – sind auf Papier verfasst. Wie können wir auch diesen Teil unseres kulturellen Erbes für nachfolgende Generationen sichern?**

Schriftliche Überlieferung ist ja nicht nur durch Unglücke wie Feuer und Wasser, sondern auch durch schleichen den Zerfall etwa durch Tintenfraß oder Licht gefährdet – eine Herkulesaufgabe für Bibliotheken und Archive. Der technische und finanzielle Aufwand ist zu hoch, als dass einzelne Einrichtungen das allein bewältigen könnten. Auf meine Initiative haben Bund und Länder deshalb letztes Jahr die „Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts“ gegründet. Dafür stellt der Bund jährlich 500.000 Euro zur Verfügung, die Länder beteiligen sich mit 100.000 Euro. In den letzten beiden Jahren konnten so bereits 70 Projekte mit mehr als einer Million Euro unterstützt werden.

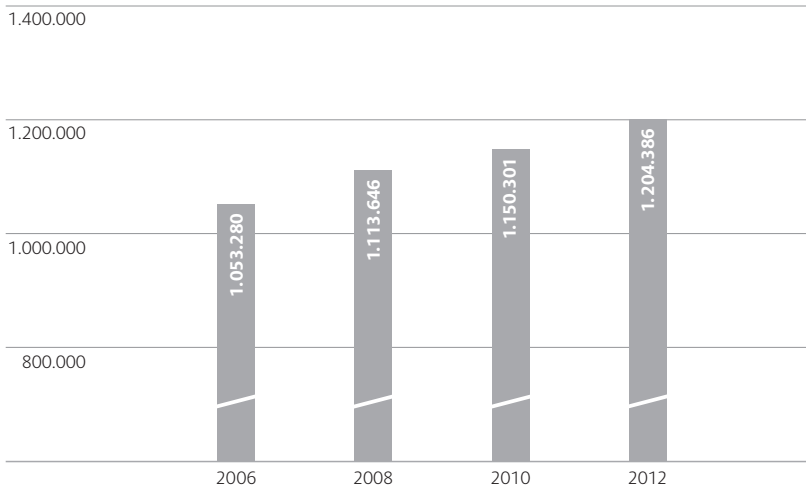
Ein besonderes Forschungsvorhaben ist in diesem Zusammenhang die Restaurierung von hitze- und wasserschädigten Gewebebänden. Der verheerende Brand 2004 in der Herzogin Anna Amalia Bibliothek in Weimar zerstörte allein etwa 50.000 Bücher, darunter einen Großteil des Bestandes an Musikalien. Das von der Koordinierungsstelle geförderte Forschungsprojekt leistet einen wichtigen Beitrag zur Wiederherstellung der Bestände.

**Sie haben sich persönlich für die Einrichtung einer Arbeitsstelle zur Provenienzforschung stark gemacht. Was genau leistet diese neue Institution?**

Die Einrichtung der Arbeitsstelle für Provenienzforschung war 2008 dringend notwendig und hat wie eine Initialzündung gewirkt. Die Arbeitsstelle unterstützt Museen, Bibliotheken und Archive bei der Identifizierung

## Kulturausgaben des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien 2006 bis 2012

in Tausend Euro



Der Haushalt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien konnte von 1,05 Milliarden Euro im Jahr 2006 um rund 17 Prozent auf 1,2 Milliarden Euro im Jahr 2012 gesteigert werden.

von Kulturgut, das in der Zeit des Nationalsozialismus vor allem jüdischen Mitbürgern genommen wurde und sich noch heute im öffentlichen Besitz befindet. Ziel ist nicht die Suche nach besonders spektakulären Raubkunstfällen aus der Zeit des nationalsozialistischen Terrors, sondern die nachhaltige Grundlagen- und Einzelfallforschung, die dann aber bei begründetem Verdacht durchaus in eine Restitution münden kann. Seit 2008 sind 131 Förderanträge aus allen Bundesländern bewilligt

worden. Die Arbeitsstelle trägt damit entscheidend zur Intensivierung und Professionalisierung der Provenienzforschung bei und unterstreicht die moralische Dimension unseres politischen Ansatzes. Befand sich die Provenienzforschung in Deutschland vor 2008 noch im Dornröschenschlaf, zählt sie inzwischen zur internationalen Elite.



# Kultur- und Kreativwirtschaft

Eine Zukunftsbranche mit Potenzial

Kreativität ist eine unserer wichtigsten Zukunftsressourcen. Sie birgt das Innovationspotential, das unsere Wirtschaft für den technologischen Fortschritt braucht. Kultur ist daher längst nicht mehr nur „weicher“ Standortfaktor. Kultur und Kreativität sind vielmehr wichtige, in Zahlen messbare Wirtschaftsfaktoren.

Investitionen in Kultur sind Investitionen in Arbeitsplätze und Wirtschaftsstärke, davon ist die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kompromisslos überzeugt. Wir haben 2007 den Anstoß dazu gegeben, dass die Politik sich ernsthaft mit der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft befasst, woraufhin die „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft“ des Bundes ins Leben gerufen wurde. Auch im jetzigen Koalitionsvertrag hat die Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft einen ressortübergreifenden Schwerpunkt.



**Dagmar Wöhr**  
Kulturausschuss des Deutschen  
Bundestages

Die wirtschaftliche Bedeutung der Branche zeigen folgende Zahlen: 2010 umfassten ihre Umsätze mehr als 137 Milliarden Euro, sechs Milliarden Euro mehr als 2009, und das trotz weltweiter Wirtschaftskrise. Die Bruttowertschöpfung lag bei 63,7 Milliarden Euro. Fast eine Million Menschen gingen 2010 einer Erwerbstätigkeit in der Kultur- und Kreativwirtschaft nach, sei es in Film, Musik, Kunst, Theater, Literatur, Architektur, Werbung oder in der Spielebranche. Längst rangiert der Wirtschaftszweig bei der Zahl der Arbeitsplätze auf

Augenhöhe mit dem Fahrzeugbau und anderen Industrien. Mehr als 244.000 Unternehmen, zum großen Teil Kleinunternehmen und Freiberufler, machen das kreative Potential der Branche aus. Die Zahl der Gründungen steigt ebenso stetig wie die Umsatz- und Beschäftigtenzahlen.

## Kreatives Wachstumspotential fördern

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist damit ein boomender Wirtschaftszweig und Jobmotor ohne Beispiel. Das liegt nicht zuletzt an den günstigen Rahmenbedingungen, die der Bund auf Initiative der Union in den letzten Jahren geschaffen hat.

So berät und professionalisiert heute das Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft mit Sitz in Eschborn als Teil der „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft“ des Bundes Kreative in acht Regionalbüros und an 77 Orten. Es versteht sich als Partner vor Ort und ist mit eigenem Internetauftritt Vernetzungsplattform der Branche.

In Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum nimmt auch die Außenwirtschaftsförderung die Branche stärker in den Fokus und präsentiert unter der Marke „Brand New Germany“ kreative Produkte und Dienstleistungen und damit das Innovationspotential der deutschen Wirtschaft auf den internationalen Absatzmärkten. Unternehmerische Ideen mit Marktpotential fördert die 2012 bereits zum dritten Mal zu vergebende Auszeichnung „Kultur- und Kreativpiloten Deutschland“.

In Zukunft stärker in den Blick nehmen müssen wir das kreativwirtschaftliche Potential des Handwerks. Es ist seit jeher bedeutender kultureller Akteur und einer der wichtigsten kreativen Impulsgeber und Innovations-treiber, die wir in Deutschland haben.

Das alles zeigt: Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine Zukunftsbranche mit riesigem künstlerischen, kreativen und wirtschaftlichen Potenzial. Es wird auch weiterhin Ziel der CDU/CSU sein, dieses Potential mit aller Kraft zu unterstützen.

# Das Erbe der Menschheit bewahren und weiter- entwickeln

40 Jahre UNESCO-Welterbe

Wie ein Mosaik formt das Welterbe das Erscheinungsbild unseres Landes und unsere nationale Identität. In ihrer Vielfalt sind die Welterbestätten ein besonderer Ausdruck unseres kulturellen Reichtums. Altstadtkerne und Industrieanlagen, Kirchen und Klöster, Schlösser und Landschaftsgärten sind unverwechselbare Zeugnisse von Zeitgeschichte und Zeitgeist. Sie sind das Gedächtnis unserer Kultur. Ebenso einzigartigen Reichtum finden wir in der Natur. Die UNESCO hat mit dem Wattenmeer oder den alten Buchenwäldern Deutschlands zuletzt auch unverwechselbare Naturlandschaften als außerordentlich schützenswert anerkannt.

Die UNESCO-Welterbeliste wird in diesem Jahr 40 Jahre alt. Am 16. November 1972 hat die UNESCO mit der Verabschiedung des „Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt“ den Grundstein für die Liste gelegt. Seitdem hat sich das UNESCO-Welterbe zum Inbegriff eines weltumspannenden Gedächtnisses für unser kulturelles Erbe entwickelt. Über wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Grenzen hinweg verbindet es Staaten. Weltweite Anerkennung findet die Leitlinie aus der Präambel der Welterbekonvention, „dass Teile des Kultur- oder Naturerbes von außergewöhnlicher Bedeutung sind und daher als Bestandteil des Welterbes der ganzen Menschheit erhalten werden müssen“. Bis heute haben 189 Staaten die Konvention unterzeichnet. Gemeinsam gehen sie damit die Verpflichtung ein, das Erbe



**Dr. Peter Ramsauer**  
Bundesminister für Verkehr, Bau  
und Stadtentwicklung



Die UNESCO erklärte den Industriekomplex Zeche und Kokerei Zollverein in Essen 2001 zum Welterbe. Damit bleibt die ehemals größte Steinkohlenzeche der Welt auch für die Freunde des „Werkschwimmbads“ der Frankfurter Künstler Dirk Paschke und Daniel Milohnic dauerhaft erhalten.

ihrer Nationen für künftige Generationen zu schützen und zu bewahren. 962 Kultur- und Naturerbestätten in 157 Staaten hat die UNESCO bislang in die Welterbeliste aufgenommen, davon 37 Denkmäler allein in Deutschland.

## Erbe lebendig weiterentwickeln

Der Schutz des Welterbes ist eine Aufgabe von nationalem Rang. Bundesregierung, Länder, Kommunen, Stiftungen und Körperschaften stehen hier in gemeinsamer Verantwortung. Aus Mitteln unserer Konjunkturpakete stehen im Zeitraum bis 2014 für mehr als 200 Einzelprojekte rund 220 Millionen Euro allein aus Bundesmitteln bereit. Damit können vielerorts längst notwendige Baumaßnahmen in Angriff genommen werden: Die berühmte Steinerne Brücke in Regensburg wird instand gesetzt, das Umfeld des Kölner Doms neu gestaltet, die Berliner Siedlungen der Moderne ertüchtigt, der Industriekomplex Zeche Zollverein saniert. Die Erfolge des „Investitionsprogramms nationale UNESCO-Welterbestätten“ lassen sich inzwischen deutschlandweit bestaunen. Das hat Vorbildwirkung und zieht weitere private und öffentliche Investitionen nach sich, die umfangreiche Maßnahmen vor Ort auslösen. Davon profitieren das örtliche Baugewerbe und das Handwerk in besonderem Maße. Handel und Tourismus gewinnen über die Region hinaus an Anziehungskraft. Viele Besucherinnen und Besucher aus dem Ausland und nicht zuletzt wir selbst erfahren mit dem Welterbe ein Stück unserer Identität und Heimat.

- 
- Mit derzeit 37 UNESCO-Welterbestätten liegt Deutschland **weltweit auf Platz 5**.
  - **In über 80 Wahlkreisen** steht eine Weltkultur- oder Weltnaturerbestätte.
  - Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat als **einzigste Fraktion** einen eigenen Gesprächskreis „UNESCO-Welterbestätten“ eingerichtet.
-

Der Welterbe-Status berührt viele Lebensbereiche. Das Erbe zu schützen und zugleich lebendig weiterzuentwickeln, stellt die Beteiligten mancherorts vor die Herausforderung, zwischen verschiedenen Zielen abzuwägen. Um die Authentizität der Orte zu bewahren, brauchen wir einen behutsamen Umgang mit den Welterbestätten. Das Prestige eines Welterbes-Titels darf meiner Auffassung nach aber nicht Selbstzweck sein. Vielmehr erinnert er an die Schutzwürdigkeit des uns übertragenen kulturellen Erbes für die nachfolgenden Generationen. Denn UNESCO-Welterbe bedeutet Anerkennung und Verpflichtung zugleich. Die Verantwortung für unser Welterbe lebendig zu gestalten und für sie zu begeistern, ist eine überaus reizvolle und wertvolle Aufgabe. Werben wir dafür!

# Virtuelles Schaufenster unserer Kultur- und Wissensnation

Die Deutsche Digitale Bibliothek demokratisiert  
und bewahrt unser kulturelles Erbe

Stellen Sie sich vor, die Inhalte von Büchern und Archivalien von außerordentlichem historischen Wert könnten auf Dauer vor Vernichtung wie durch den Einsturz des Kölner Stadtarchivs geschützt werden. Stellen Sie sich vor, Sie könnten Exponate auch dann bestaunen, wenn das entsprechende Museum für Sie nicht zu erreichen ist. Stellen Sie sich vor, Sie könnten in den gesamten Beständen aller Bibliotheken, Archive und Museen mit einem einzigen Suchvorgang genau das finden, was Sie suchen. Stellen Sie sich vor, die digitalen Sammlungen mehrerer Länder würden miteinander verknüpft und die Werke mit Beschreibungen in verschiedenen Sprachen versehen.

Was lange ein Traum war, wird mit der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB) und ihrer europäischen Erweiterung, der EUROPEANA, nun Wirklichkeit. Ob Feldpostkarten aus dem Ersten Weltkrieg, die älteste Handschrift des Nibelungenlieds oder Flugblätter aus der Reformationszeit – die Digitalisierung unseres kulturellen und wissenschaftlichen Erbes ist in vollem Gange.



**Thomas Strobl**  
Kulturausschuss des Deutschen  
Bundestages

In die DDB werden digitale Kopien von Büchern, Bildern, Archivalien, Noten, Musikstücken, Filmen, 3D-Aufnahmen von Skulpturen und Kulturdenkmalen und vieles mehr eingestellt. Dreißigtausend Bibliotheken, Archive, Museen und wissenschaftliche Institute aus ganz Deutschland sind an diesem Mammutprojekt



Sprache ist Heimat – Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 21. Februar 2011 anlässlich des von der UNESCO ausgerufenen Internationalen Tages der Muttersprache mit Herta Müller, Prof. Dr. Hellmuth Karasek und Edda Moser.

„Die Muttersprache ist momentan und bedingungslos da. Fast wie die eigene Haut. Und genauso verletzlich wie diese, wenn sie von anderen gering geschätzt, missachtet oder gar verboten wird.“

**Literaturnobelpreisträgerin  
Herta Müller**



beteiligt. Im Dezember 2011 hat die DBB ihren internen Pilotbetrieb aufgenommen, noch im Jahr 2012 soll sie ans Netz gehen.

## Zugang ohne Hemmschwellen

Mit unserem Engagement für die Deutsche Digitale Bibliothek geht es uns Unionspolitikern vor allem um drei Dinge: Erstens soll unser vielfältiges Kulturgut vor Zerstörung bewahrt und der Nachwelt erhalten werden. Indem wir das Medium Internet nutzen, um unser Kulturgut zu präsentieren, erschließen wir zweitens neue Zielgruppen und retten unbekanntere analoge Objekte vor dem Vergessen. Und drittens ermöglichen wir allen Bürgern jederzeit Zugang zur Kultur – und das in jeder Hinsicht ohne Hemmschwelle. So wird ein ‚Luxusgut‘ zum Allgemeingut.

Literaturnobelpreisträgerin  
Herta Müller und der kultur- und  
medienpolitische Sprecher der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion,  
Wolfgang Bönnsen (Bönstrup),  
im Sitzungssaal der CDU/CSU-  
Fraktion



Die Herkulesaufgabe der Digitalisierung unseres kulturellen Erbes ist nur gemeinschaftlich zu stemmen. Bund, Länder und Kommunen haben seit 1997 bereits über 100 Millionen Euro in die DDB investiert.

Mit unserem Antrag „Digitalisierungsoffensive für unser kulturelles Erbe beginnen“, den der Deutsche Bundestag im Januar 2012 verabschiedet hat, gaben wir den Anstoß zur Intensivierung der Digitalisierungsbemühungen. Im europäischen Vergleich sind wir bereits Spitze – und weltweit hat die DDB bei der Digitalisierung einen technischen Vorsprung von etwa eineinhalb Jahren. Damit unterstreichen wir unsere Innovationsfähigkeit und die Bedeutung unserer KulturNation zugleich – ein beeindruckendes Aushängeschild für unser Land.

Wir Unionspolitiker setzen uns für die rasche Digitalisierung des deutschen Kulturerbes zur Sicherung der Bestände und uneingeschränkte Nutzung für alle Bürger ein. Die Deutsche Digitale Bibliothek als virtuelles Schaufenster der Kultur- und Wissenschaftsnation Deutschland ist unser Beitrag zum gemeinsamen Gedächtnis des deutschen und europäischen Kulturkreises in der EUROPEANA.

# Kino für alle und überall erhalten

Förderprogramm zur Kinodigitalisierung

Licht aus, Vorhang auf, Film ab – auch in Zeiten von Plasma-Bildschirmen ist das immer noch ein ganz besonderes Erlebnis. Dass Filmabende im Kino dem Flimmern am heimischen Bildschirm viel voraus haben, belegt die gleichbleibend große Zahl der Kinobesucher. In seiner gut hundertjährigen Geschichte hat sich das deutsche Kino zu einem wichtigen Kommunikationsmedium, einer eigenen Kunstform und nicht zuletzt einem bedeutenden Industriezweig entwickelt. Dabei lebt die deutsche Kinolandschaft besonders von ihrer kulturellen Vielfalt. Gerade auch die kleinen Häuser mit ihren individuellen Programmangeboten machen das Kino zu einem kulturellen Ort, an dem Filme als etwas Besonderes wahrgenommen werden.

Doch unsere vielfältige Kinolandschaft ist bedroht. Für die Zukunftsfähigkeit der Kinos ist es unabdingbare Voraussetzung, dass sie Filme digital abspielen können. Die kleineren Kinos insbesondere im ländlichen Raum können die dringend notwendige Umrüstung auf die digitale Technik wegen der hohen Kosten aber nicht aus eigener Kraft leisten.

Union und FDP haben die Kinodigitalisierung bereits im Koalitionsvertrag zu einem Arbeitsschwerpunkt im Bereich Kultur und Medien gemacht. Durch das engagierte Einwirken unseres Kulturstaatsministers Bernd Neumann und die kontinuierliche Arbeit unserer Fraktion konnte im Februar 2011 ein mit den Län-



**Marco Wanderwitz**  
Obmann des Kulturausschusses  
des Deutschen Bundestages

dern und der Branche abgestimmtes Förderprogramm zur Kinodigitalisierung in Deutschland an den Start gehen, das kleine Häuser davor schützt, von den Riesen der Branche abgehängt zu werden. Inzwischen beteiligen sich alle Länder an der Digitalisierung ihrer Kinos.



Iris Berben, Präsidentin der Deutschen Filmakademie auf dem CDU/CSU-Filmempfang am 26. April 2012:

„Wir appellieren an die Politik, die Rechte der Urheber, der Kreativen, angemessen zu berücksichtigen.“

Das Fördermodell beinhaltet eine Strategie zur nationalen Kinodigitalisierung, die in Europa einmalig ist. Neben kulturellen Aspekten gilt ihr Fokus dem Erhalt der Kinos in der Fläche und der Unterstützung mittelständischer Kinobetreiber. Weil das Programm mit den bestehenden Förderungen auf Länderebene kompatibel ist, kann es mit anderen Formen der

Unterstützung kombiniert werden. Die Verleiher haben sich, wenn auch spät, zu ihrer Verantwortung bekannt, und steuern die im Modell vorgesehenen 20 Millionen Euro bei. Die Länder beteiligen sich mit 20 Prozent an der Förderung. Weitere 40 Prozent kommen jeweils hälftig aus dem Bundeshaushalt und dem der Filmförderungsanstalt (FFA).

Seit dem Start der Förderung im Februar 2011 sind über 1.300 Anträge bei der FFA eingegangen. Rund ein Drittel der bisher bewilligten Förderanträge ging an Kriterienkinos, die sich in Orten mit weniger als 20.000 Einwohnern befinden. Damit haben viele der kleineren Kinos weiter gute Chancen, sich auch in Zukunft im Wettbewerb zu behaupten. Das sind gute Voraussetzungen für eine Gesellschaft, die sich nicht zuletzt über kulturelle Vielfalt definiert. Und gute Nachrichten für all die, die Filme am liebsten auf der ganz großen Leinwand genießen.

# Interview

## Neugierige Köpfe braucht das Land

**Frau Bär, was kennzeichnet für Sie als Berichterstatlerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Bereich „Kulturelle Bildung“ einen „kulturell gebildeten“ Menschen?**

*Dorothee Bär:* Diese Frage lässt sich nicht leicht beantworten, denn dann müssten wir erst einmal festlegen, was genau „Kultur“ ist. Ich habe selbst in den vergangenen beiden Legislaturperioden in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ mitgearbeitet. Es war nahezu unmöglich, „Kultur in Deutschland“ zusammenzufassen. Aus meiner Sicht sollte kulturelle Bildung vor allem eines leisten: Neugier und Offenheit wecken. Und damit meine ich nicht nur die Schulbildung, sondern lebenslange Neugier gegenüber Neuem.



**Dorothee Bär**  
Kulturausschuss des Deutschen Bundestages  
Familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**In Sachen Schulbildung haben Sie vor einiger Zeit einen Vorstoß gemacht und das Fach Medienkunde gefordert. Ist das Thema für Sie noch aktuell?**

Der Umgang mit jeder Form der Medien ist heute alltäglich und selbstverständlich. Das ist eine Bereicherung für uns alle. Dabei ist es leider nicht selbstverständlich, dass diese Medien so genutzt werden, dass sie uns nur helfen und nicht womöglich überlasten und jemandem schaden. Besonders Kinder und Jugendliche können von den Neuen Medien profitieren und lernen heute völlig anders, als wir das in unserer Schulzeit erlebt haben. Gleichzeitig müssen aber gerade junge Menschen besonders

geschützt werden. Das geht nur durch Erlernen des Umgangs mit den Neuen Medien. Wissen ist der beste (Daten-)Schutz – deshalb gehört Medienkunde auf die Stundenpläne. Die Kompetenz dafür liegt bei den Bundesländern.

**Sie haben gesagt, Menschen sollten lebenslang neugierig bleiben. Geben Sie uns ein Beispiel?**

Neugier ist nichts, was man verlernt, Neugier muss man sich bewahren. Ich finde es zum Beispiel beeindruckend, wie in meiner Familie, aber auch in meiner täglichen politischen Zusammenarbeit mit den Ortsverbänden gerade die älteren Menschen sich ihre Neugier erhalten haben. Sie nutzen als sogenannte Silver Surfer alle gängigen Kommunikationsmittel, das geht weit über E-Mails hinaus. Das ist für mich ein wunderbares Beispiel kultureller Bildung: Menschen, die den kulturellen Entwicklungen offen gegenüberstehen, unabhängig vom Alter.

**Welche konkreten Schritte hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bisher unternommen, um dem von Ihnen genannten Ziel, der Neugier auf Kultur, näher zu kommen?**

Unsere Fraktion hat bereits in der letzten Legislaturperiode Anfang 2008 dafür gesorgt, dass der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien einen Computerspielpreis vergeben kann. Damit wird nicht nur unsere kulturelle Szene in diesem Bereich und der darum entstandene Wirtschaftszweig gefördert, sondern auch eben dieser Neugier Rechnung getragen. Wir haben damit bereits vor Jahren bewiesen, dass wir neuen kulturellen Ausdrucksformen nicht nur mit Neugier, sondern auch unterstützend begegnen. Seit 2009 gibt es zudem einen BKM-Preis „Kulturelle Bildung“, der beispielhafte Projekte, die nachhaltig und innovativ sind, auszeichnet. Zudem fällt der Bereich kulturelle Bildung auch in die Zuständigkeit des Bundesbildungsministeriums. Bundesministerin Annette Schavan hat im Frühjahr 2012 das Programm des Bundes zur Förderung benachteiligter Kinder vorgestellt und für 2013 30 Millionen Euro reserviert, weil kulturelle Bildung keine Frage des Geldbeutels sein darf.

# Kulturelle Teilhabe für alle

Die Bedeutung der Barrierefreiheit

Etwa zwölf Prozent aller in Deutschland lebenden Menschen meistern ihren Alltag mit einer Behinderung. Häufig ist sie angeboren oder durch eine Krankheit entstanden. Meist aber müssen sich die Betroffenen nach einem Unfall mit einer Behinderung auseinandersetzen – und notgedrungen auch auf lieb gewonnene kulturelle Aktivitäten verzichten, etwa, weil das regionale Kino oder das Theater nicht barrierefrei sind. 1,2 Millionen blinden und sehbehinderten Bürgern, 80.000 gehörlosen oder ertaubten Menschen und einer Vielzahl Schwerhöriger ist die Teilhabe an der Fernsehwelt, die für uns alle so selbstverständlich ist, versagt.



**Maria Michalk**  
Kulturausschuss des Deutschen Bundestages (stv.)  
Behindertenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Artikel 30 der auch von Deutschland ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet uns alle dafür zu sorgen, dass Kunst und Kultur ohne Abstriche auch für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein müssen. Nach der Beschlussfassung des Nationalen Aktionsplanes für die Umsetzung der Konvention in Deutschland hat sich eine breite gesellschaftliche Diskussion entwickelt. Die Erkenntnis wächst, dass allgemeine Barrierefreiheit nicht ein Geschenk an Menschen mit Behinderung ist, sondern unser aller Leben erleichtert, vor allem auch mit Blick auf die kulturelle Teilhabe.

Wie wir wissen, hat jeder Haushalt ab 2013 eine monatliche Rundfunkgebühr zu zahlen, unabhängig davon, welche und wie viele

Geräte er führt. Das gilt auch für Menschen mit Behinderung, die bislang seit Einführung der Rundfunkgebühren von dieser Gebühr befreit waren. Deshalb ging von unserer Fraktion die parlamentarische Initiative aus, die umfassende Ausweitung des barrierefreien Filmangebots zu fordern. Bisher sind im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nur wenige barrierefreie Formate zu finden. In den USA dagegen sind die Sender schon heute verpflichtet, ihr komplettes Programm zu Untertiteln.

## Ein Thema mit Zukunft

Für blinde und sehbehinderte Menschen bietet sich als Instrument der Barrierefreiheit die Audiodeskription an, für hörbehinderte Menschen die Untertitelung. Wer einmal eine Audiodeskription gehört hat, wird feststellen, dass es sich um eine eigene Kunstform handelt. Mehr davon zu bekommen, ist unsere aktuelle Forderung, die sich mit relativ wenig finanziellen Mitteln umsetzen lässt. Das hat eindrucksvoll die diesjährige 10. Verleihung des Deutschen Hörfilmpreises gezeigt. Die Wiedergabe der Worte, der Gestik und der Mimik, das Herausarbeiten der Empfindungen der handelnden Personen – all das wird immer anschaulicher. So ist die Audiodeskription eine eigene Kunstform geworden, von der ich mir wünsche, dass sie weit mehr Menschen nutzen.

Wir haben die gemeinsame Aufgabe, Kunst und Kultur barrierefrei zu gestalten, weil sie die Grundlage für allgemeine Teilhabe bilden, auch für Menschen mit motorischen, sensorischen oder kognitiven Einschränkungen. Unser Ziel ist, die Nutzungsobjekte für alle wahrnehmbar, erreichbar, begreifbar und bedienbar zu machen. Damit dies gelingt, müssen wir stärker als bisher Menschen mit Behinderung in die Lösungsfindung und Gestaltungsoptionen einbeziehen. Das macht unsere Gesellschaft lebenswerter – zumal ein Blick auf die demografische Entwicklung zeigt: Selbst wenn wir künftig weniger sind, werden mehr von uns auf barrierefreie Zugänge auch zu Kunst und Kultur angewiesen sein.



# Bürger in Bewegung

Freiheits- und Einheitsdenkmal  
in der Mitte Berlins

Für die CDU/CSU-Fraktion geht ein besonderes Anliegen in Erfüllung: Mitten in Berlin entsteht ein Freiheits- und Einheitsdenkmal. Eine begehbare Schale auf dem Sockel des alten Nationaldenkmals soll an die friedliche Revolution in der DDR, an die Wiedervereinigung Deutschlands, zugleich aber auch an alle freiheitlichen Bewegungen und Einheitsbestrebungen der Deutschen in den vergangenen Jahrhunderten erinnern. Keine Nation kann ihre Identität und ihre Orientierung allein aus ihrem Versagen und ihren dunklen Kapiteln gewinnen. Auch die Freiheitsgeschichte ist ein Teil dieses Landes. Freiheit und Gleichheit, bürgerliche Rechte und Gewaltenteilung gehören zu unserem politischen Erbe.



**Wolfgang Börnsen (Bönstrup)**

Kulturausschuss des Deutschen Bundestages  
Kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die riesige begehbare Schale, für die 2013 der Grundstein gelegt werden soll, haben die Künstler Johannes Milla und Sasha Waltz kreiert. Sie gaben ihr den Titel „Bürger in Bewegung“. Die Schale mit der goldfarbenen Oberfläche soll Gedanken beflügeln und Assoziationen auslösen. Sie soll Offenheit und Geborgenheit ausstrahlen, die Menschen einladen zum Verweilen, Schauen und Diskutieren. Sie soll Frei- und Spielraum sein für die Bürger und Besucher unseres Landes.

„Wir sind das Volk – Wir sind ein Volk“: Diese beiden Kernsätze der friedlichen Revolution haben die Künstler ins Zentrum der Schale gesetzt. Die Buchstaben werden im wahrsten Sinne des Wortes „besetzbar“.

## Denkmal für alle – kein Staatsmonument

Ein Bürgerdenkmal also – an der Stelle auf der Berliner Schlossfreiheit, an der einst das neobarocke Reiterstandbild von Kaiser Wilhelm I. stand, das zwei Weltkriege überlebte und 1950 abgerissen wurde, um Raum für die Aufmärsche der DDR-Machthaber zu schaffen. Geblieben ist von dem Herrschermonument nur der große Sockel in einer Länge von 80 und einer Breite von 40 Metern. Die Berliner Schlossfreiheit soll heute kein Ort der starren Ehrfurcht mehr sein, sondern als ein Ort der Kommunikation für die Demokratie und Deutschland stehen. Geschichtsträchtig ist sie, die Schlossfreiheit auf dem Berliner Schlossplatz. Mit ihr verbunden sind die Märzrevolution von 1848, die Reichseinheit von 1871, die Ausrufung der Republik 1918, Weltkriege und Zerstörung, die deutsche Teilung und die friedliche Revolution in




der DDR. In unmittelbarer Nachbarschaft des neuen Denkmals tagte die erste frei gewählte Volkskammer und fasste am 23. August 1990 den Beschluss zur Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik. Im benachbarten Kronprinzenpalais wurde am 31. August 1990 der Einigungsvertrag unterzeichnet. Das neue Denkmal soll aber mehr sein als eine Huldigung der mutigen Bürger, die im Herbst 1989 auf die Straße gingen. Es soll 200 Jahre Freiheitsgeschichte repräsentieren, an die beispielgebenden und auch glücklichen Momente unserer Geschichte erinnern.

„Eine Stadt ohne Denkmal ist wie ein Raum ohne Bilder“

Warum brauchen wir ein Freiheits- und Einheitsdenkmal? „Eine Stadt ohne Denkmäler ist wie eine Wohnung ohne Bilder“, sagte der ehemalige Präsident der Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Florian Mausbach, Gründungsmitglied der Initiative „Denkmal Deutsche Einheit“, die sich schon zum zehnten Jahrestag der friedlichen Revolution für einen zentralen Ort des Gedenkens an die Wiedervereinigung einsetzte. Zu den Mitgliedern der ersten Stunde gehörten auch der Journalist Jürgen Engert, der erste frei gewählte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, sowie der ehemalige DDR-Bürgerrechtler und jetzige CDU-Politiker Günter Nooke. Ein „kollektives Erinnern“ an die wechselvolle Geschichte des Schlossplatzes wünschten auch sie sich.

Demokratie braucht Erinnerung. Ein Denkmal kann dazu Anstoß geben. Doch immer wieder gab es laute und leise Stimmen gegen das Projekt. Und fast wäre die Initiative



Im Oktober 2007 stieß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine breite Debatte zur Errichtung eines Denkmals für Freiheit und Einheit an. Im April 2011 gab Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) den Siegerentwurf bekannt: eine begehbare Schale von der Arbeitsgemeinschaft Milla & Partner (Stuttgart) und Sasha Waltz (Berlin) mit dem Titel „Bürger in Bewegung“ – aufgesetzt auf den Sockel des ehemaligen Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I. auf der Berliner Schlossfreiheit.

zur Errichtung des Freiheits- und Einheitsdenkmals gescheitert, als am 6. April 2000 ein überparteilicher Gruppenantrag zur Errichtung des Monuments im Bundestag keine Mehrheit fand. Erst als sich im Jahre 2007 die Große Koalition auf Initiative der Union der Denkmalsidee annahm, erhielt das Projekt neuen Auftrieb und eine breite Zustimmung im Parlament.

## Schale in Schwingung

Nicht zuletzt dank des Engagements von Abgeordneten und der Bundesregierung nahm das Projekt nun Fahrt auf. Die Deutsche Gesellschaft e.V. und andere Unterstützer bemühten sich in zahlreichen Veranstaltungen, ein Klima der Akzeptanz zu schaffen. Am 9. November 2007 beschloss der Bundestag endgültig die Errichtung des Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlins Mitte. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann, nahm das Monument im Juni 2008 in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes auf. Ein zweistufiger Gestaltungswettbewerb folgte, aus dem der gemeinsame Entwurf des Stuttgarters Milla und der Berlinerin Waltz am 13. April 2011 als Sieger hervorging. „Bürger in Bewegung“ heißt das Monument deshalb, weil die Schale von den Bürgern, die sie begehen, in Schwingung gebracht werden kann.

## Demokratie braucht Erinnerung

Für die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ist die Erinnerung an die Freiheitsbestrebungen unserer Nation eine tiefe innere Verpflichtung. Freiheit ist das höchste Gut, ohne sie gibt es keine Demokratie. Doch weil die Freiheit nicht selbstverständlich ist, sondern immer wieder errungen und verteidigt werden muss, braucht es Orte des Gedenkens. Ein „Denk-Mal“ kann im Idealfall die Menschen mobilisieren und motivieren, es kann Lern- und Erinnerungsort sein. Unser Freiheits- und Einheitsdenkmal ist ein Aufruf an die Bürger, sich aktiv für die freiheitlich-demokratische Entwicklung in Deutschland und Europa einzusetzen.

# Musikförderung ist Kulturförderung

Deutschland ist Musikland

Auch wenn die Musikförderung vorrangig Sache der Länder ist, unterstützt und fördert der Bund Einrichtungen und Projekte mit gesamtstaatlicher Bedeutung.

Insgesamt stellte die Bundesregierung im vergangenen Jahr über 44 Millionen Euro für die Musikförderung zur Verfügung. Das allein verdeutlicht den großen Stellenwert, den die Musik in der Kulturlandschaft Deutschlands einnimmt. Eine Auswahl herausragender Projekte zeigt die Breite des staatlichen Engagements:

- Erhalt und Weiterentwicklung von Erinnerungsorten für bedeutende Komponisten, beispielsweise des Bach-Archivs in Leipzig und des Beethoven-Hauses in Bonn
  - Maßnahmen zur Förderung des musikalischen Spitzennachwuchses, etwa durch den Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ und die „Junge Deutsche Philharmonie“
  - Projekte zur Förderung des Laienmusizierens in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Chorverbände und der Bundesvereinigung Deutscher Orchesterverbände
  - Veranstaltungen zur Verbreitung zeitgenössischer Musik, etwa mittels des Projekts „Kulturagenten für kreative Schulen“



**Christoph Poland**  
Kulturausschuss des Deutschen  
Bundestages

Ein wesentliches Förderinstrument ist die von der CDU/CSU-Bundtagsfraktion angeregte „Initiative Musik“ der Bundesregierung und der Musikwirtschaft, die zeitgenössische Musik, Rock, Pop und Jazz jährlich mit zwei Millionen

Euro unterstützt. Ziele dieser Initiative sind die Förderung des Nachwuchses, die Verbreitung deutscher Musik im Ausland und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Seit 2008 wurden mehr als 450 Künstler- und Infrastrukturprojekte unterstützt.

Ein weiterer großer Erfolg ist das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“. Es eröffnet jährlich über 70.000 Grundschulkindern den Zugang zu qualifiziertem Instrumentalunterricht, indem es ihnen leihweise ein Instrument ihrer Wahl zur Verfügung stellt. Eine gute Investition zur Förderung der musikalischen Früherziehung!

Deutschland ist ein Musikland, das belegen allein die Zahlen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements:

- Über sieben Millionen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland musizieren oder singen in ihrer Freizeit.
- Etwa 2,4 Millionen Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in den über 50.000 Chören oder in einer der unzähligen Rock-, Pop- oder Jazzbands.
- Jeder vierte Jugendliche in unserem Land macht selbst Musik: das ist eine Zahl, die mich mit Mut in die Zukunft blicken lässt.
- 60 Millionen Bürgerinnen und Bürger besuchen jährlich eines der ca. 750 Staats- und Sinfonieorchester. Die Orchesterlandschaft Deutschlands ist in ihrer Dichte und Vielfalt nach wie vor weltweit einzigartig. Zu den zwanzig weltbesten Orchestern zählen vier deutsche Ensembles, die Berliner Philharmoniker belegen sogar den zweiten Platz.
- Wir erleben in Deutschland derzeit einen Boom bei den etwa 1000 öffentlichen und privaten Musikschulen mit über einer Million Schülern und langen Wartelisten.

Wir schließen uns daher uneingeschränkt den klugen Worten Napoleon Bonapartes an: *„Die Musik hat von allen Künsten den tiefsten Einfluss auf das Gemüt. Ein Gesetzgeber sollte sie deshalb am meisten unterstützen.“*

# Die Erinnerung wachhalten

Das Koordinierende Zeitzeugenbüro

Knapp fünf Jahre ist es her, dass eine Studie des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin die deutsche Öffentlichkeit erschütterte. Ihr alarmierendes und kürzlich durch eine zweite Studie bestätigtes Ergebnis: Das DDR-Bild deutscher Schülerinnen und Schüler – in Ost wie in West – ist geprägt von Verharmlosung und Schönfärberei. Da wurde Konrad Adenauer zum DDR-Politiker, die STASI ein harmloser Geheimdienst, und wann und von wem die Mauer gebaut wurde – keine Ahnung! Viele Schülerinnen und Schüler können heute den Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur nicht mehr klar benennen. Die DDR bleibt für sie – zwanzig Jahre nach ihrem Untergang – ein Phantom, eine fremde und unbegreifliche Welt.



**Beatrix Philipp**  
Kulturausschuss des Deutschen  
Bundestages (stv.)

Um der Verklärung des SED-Unrechtsregimes und den großen Wissenslücken junger Menschen entgegenzuwirken, haben sich Union und FDP in ihrem Koalitionsvertrag im Oktober 2009 darauf geeinigt, die Maßnahmen der Bundesregierung zur Aufarbeitung der jüngsten Geschichte unseres Landes zu verstärken. Dazu gehört auch die Schaffung eines Koordinierenden Zeitzeugenbüros unter Beteiligung der durch den Bund getragenen bzw. finanzierten Institutionen. Denn: Neben der notwendigen verstärkten Präsenz des Themas in den Lehrplänen, Schulbüchern und der Unterrichtspraxis kommt vor allem Zeitzeugen eine entscheidende, weil emotionale Bedeutung zu. Vielfältige Erfahrungen von Gedenkstätten



In der Besucherbetreuung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bieten über 40 ehemalige Häftlinge Führungen an. Diese Zeitzeugen verbinden historische Fakten mit persönlicher Erfahrung. Das macht die Führung gerade auch für junge Menschen zu einem besonders eindrücklichen Erlebnis.

zur NS- und SED-Diktatur belegen, dass erst die direkte Begegnung mit Betroffenen die Schülerinnen und Schüler überhaupt für das Thema vergangener Diktaturen sensibilisiert.

In enger Zusammenarbeit mit der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Stiftung Berliner Mauer hat das Koordinierende Zeitzeugenbüro am 1. Juni 2011 seine Arbeit aufgenommen. Es ist als gemeinsame „Servicestelle“ der drei Stiftungen bei der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen angesiedelt. Alle beteiligten Einrichtungen betreiben seit Jahren mit jeweils eigenen Schwerpunkten Zeitzeugenarbeit und lassen nun ihre individuellen Erfahrungen in die gemeinsame Arbeit einfließen.



## Aufarbeitung ohne Verfallsdatum

Vorrangiges Ziel des Zeitzeugenbüros ist es, Kontakte zu ehemaligen Oppositionellen und politisch Verfolgten aus der DDR zu knüpfen, deren Schicksal durch Interviews und Unterlagen zu dokumentieren sowie geeignete Personen für Veranstaltungen zu vermitteln. Dabei richtet sich das Angebot nicht nur an Schulen, sondern auch an weitere Bildungseinrichtungen wie Universitäten, Verbände, Vereine und Stiftungen. Für sie sind die Vermittlung und Organisation der Zeitzeugengespräche kostenlos. Das Koordinierende Zeitzeugenbüro wird vollständig aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien finanziert.

Innerhalb eines Jahres hat das Zeitzeugenbüro bundesweit mehr als 400 Zeitzeugeneinsätze vermittelt, die rund 30.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht haben. Auch unzählige Presseberichte und persönliche Zuschriften – von Lehrern wie von Schülern – bezeugen, dass die Berichte der Zeitzeugen den Geschichtsunterricht nachhaltig bereichern und die Schülerinnen und Schüler sich überraschend interessiert und beeindruckt zeigen.

Der gelungene Start des Koordinierenden Zeitzeugenbüros ist nicht zuletzt eine Bestätigung für das jahrzehntelange unermüdliche Beharren der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf einer Aufarbeitung ohne Verfallsdatum. Dabei gilt: Je mehr unsere Kinder die Diktatur begreifen, desto besser können sie die Demokratie gestalten.

## Geschichtswissen als Grundlage der Aufarbeitung

Umso mehr müssen uns neueste Schlagzeilen wie „Demokratie oder Diktatur? – Ganz egal!“ oder „Diktatur, na und?“ alarmieren, weil sie die ernüchternden Defizite in der politischen Bildung gerade junger Menschen aufzeigen. Unabhängig davon, ob sich diese Defizite auf die NS-Zeit oder die DDR beziehen – alle gesellschaftlichen Kräfte müssen ihnen wirkungsvoll entgentreten.

Das Gedenkstättenkonzept des Bundes leistet einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung unserer Diktaturgeschichte, indem es den menschenverachtenden NS-Staat und die SED-Diktatur gleichermaßen konsequent und differenziert beleuchtet.

Eine verantwortungsbewusste Erinnerungspolitik darf weder die Verbrechen der Nationalsozialisten relativieren noch das SED-Unrecht bagatellisieren. Es ist und bleibt unsere Aufgabe, die Erinnerung für die kommenden Generationen wachzuhalten, damit das „Nie wieder“ auch in Zukunft nicht nur Absicht, sondern Verpflichtung ist.

# Die Kulturlandschaft in Deutschland an ihren Wurzeln stärken

Zum zehnjährigen Jubiläum der  
Kulturstiftung des Bundes

Es gibt viele große Kulturnationen. Aber es gibt nur wenige Staaten, die für Kunst und Kultur absolut und relativ so viele Mittel einsetzen wie Bund, Länder und Gemeinden in Deutschland. Über 90 Prozent der Kulturausgaben werden aus staatlichen Haushalten aufgebracht. Dennoch sind Kulturretats zur Konsolidierung öffentlicher Haushalte völlig ungeeignet. Dafür ist ihr Anteil zu gering und ihre Bedeutung zu hoch. Der Anteil der Kulturausgaben an unserem Bruttoinlandsprodukt beträgt überschaubare 0,4 Prozent und an den öffentlichen Haushalten weniger als zwei Prozent der Gesamtausgaben.

## Kultur ist mehr als ein Standortfaktor



**Prof. Dr. Norbert Lammert**  
Präsident des  
Deutschen Bundestages

Die Attraktivität von Städten und Regionen stützt sich immer stärker auf ihre Kunst- und Kulturszene, nicht nur für Touristen, sondern vor allem für die Menschen, die dort leben. Nimmt man die öffentlichen, privatwirtschaftlichen und gemeinnützigen Aktivitäten zusammen, erzielt der Kultursektor in Deutschland eine stolze Wertschöpfung von weit über 30 Milliarden Euro. Die Ausgaben für Kunst und Kultur fließen direkt und indirekt in die jeweilige heimische Wirtschaft zurück. Aber ich füge ausdrücklich hinzu: Ein Staat, der Kulturförderung nur noch als eine besondere Form der Wirtschaftsförderung missversteht, bleibt weit hinter den Ansprüchen zurück, die ein Kulturstaat für sich in Anspruch nehmen muss.

Kunst- und Kulturförderung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden. In regelmäßigen Abständen gibt es neue Diskussionen über die vermeintlich dringliche Entflechtung von Zuständigkeiten. Das zehnjährige Jubiläum der Kulturstiftung des Bundes ist ein guter Anlass, nüchtern darüber nachzudenken, ob eine solche Entflechtung auch wirklich durchdacht ist. Dass am Ende mehr Geld als bisher zur Verfügung stünde, ist jedenfalls eine treuherzige Vorstellung, die weder durch die Verfassungslage noch durch die Haushaltslage von Bund und Ländern gedeckt ist. Der gelegentliche Streit zwischen Bund und Ländern um die sogenannte Kulturhoheit ist auch deshalb abwegig, weil dieser Begriff selbst das Verständnis des Staates von Kunst und Kultur denkbar missverständlich ausdrückt. Ein Staat, der Kunst und Kultur mit hoheitlicher Gebärde begegnet, ist sicher kein Kulturstaat.

## Bildung ist die Wurzel der Kulturlandschaft Deutschlands

Völlig unbestritten und zunehmend unverzichtbar ist die Zuständigkeit der Länder in dem Aufgabenfeld der kulturellen Bildung. Die Vermittlung von Grundlagen und Interesse an bildender Kunst und Musik leidet in den deutschen Schulen längst Not. Der Unterrichtsausfall ist gerade in den musischen Fächern außerordentlich hoch. Immer häufiger werden Kunst und Musik von fachfremdem Personal unterrichtet, also ohne die Professionalität, die in natur- und geisteswissenschaftlichen Fächern für unverzichtbar gehalten wird. Dabei gilt für den Umgang mit Kunst und Kultur nicht weniger als in der Physik und der Chemie, dass ohne Kenntnis kein Verständnis und ohne Motivation kein Engagement zu erreichen ist. Wenn bei Kindern und Jugendlichen das Interesse an Kunst und Kultur nicht nachwächst, bedroht das den großen und bunten Garten der Kulturlandschaft in Deutschland in seinen Wurzeln.

## Nur zweckfrei erfüllt die Kunst ihren Zweck

Der Staat ist nicht für Kunst und Kultur zuständig, sondern für die Bedingungen, unter denen sie sich entfalten können. Deshalb ist die vielleicht wichtigste einzelne Qualifikation von Kulturpolitikern die Einsicht in die eigene Bedeutungslosigkeit und die Souveränität, hartnäckig und fröhlich daran zu arbeiten, dass andere die Bedingungen für die Entfaltung ihrer kreativen Möglichkeiten vorfinden. Welche Romane geschrieben, wie Opern inszeniert, Bilder gemalt und Ausstellungen konzipiert werden, geht die Politik nichts an. Sie hat mit Urheberrecht zu tun, nicht mit Literatur. Mit Künstler-sozialversicherung, nicht mit bildender Kunst.

Schüler der Schillerschule in Frankfurt/Main erforschen Kunstwerke im Städel Museum.



Die wichtigste Aufgabe des Staates gegenüber Kunst und Kultur ist nicht die finanzielle Förderung, sondern die Sicherung freier Entfaltungs- und Gestaltungschancen. Kunst hat keinen Zweck. Wofür auch immer sie in Anspruch genommen wird, ist nicht wesentlich. Der Zweck der Kulturpolitik ist Kultur, nicht Politik. Die Kunst hat einen Anspruch gegenüber dem Staat – soweit er ein Kulturstaat sein will – nicht aber der Staat gegenüber Kunst und Kultur. Mit anderen Worten: Der Kunst kann der Staat egal sein. Dem Staat die Kunst nicht – und die Kultur schon gar nicht.

Welche Kultur wir brauchen, ist nicht hoheitlich zu beantworten. Aber dass wir Kunst und Kultur brauchen, der Staat und die Gesellschaft, und dass wir nur dann ein Kulturstaat sind, wenn wir als Bürgergesellschaft diese Verantwortung übernehmen – wir alle –, darüber gibt es keinen Zweifel. Die Kulturstiftung des Bundes hat in den zehn Jahren seit ihrer Gründung einen besonderen Beitrag dazu geleistet, solche Zweifel auszuräumen. Dazu dürfen wir ihr gratulieren – und uns auch.

# Dem Neuen eine Lobby

Die Kulturstiftung des Bundes  
ist das Produkt einer gewandelten  
Kulturnation

In Deutschland wird Kulturförderung zumeist mit einer Vokabel aus staatlichen Strukturprogrammen übersetzt: Subvention. Dabei würde der hiesigen Kulturlandschaft der Begriff „Investition“ eher gerecht. Schließlich versteht der Staat seine Unterstützung auch als Ermutigung, Neues zu wagen und Risiken einzugehen. In der Musik oder im Tanz, in der zeitgenössischen Kunst oder im Theater hätten sich niemals neue Perspektiven eröffnet, wenn nur darauf vertraut worden wäre, dass sich Gutes schon von allein durchsetzt. Deutschland darf für sich in Anspruch nehmen, wichtige künstlerische Persönlichkeiten entdeckt und gefördert zu haben. Und zwar in allen Bereichen.



**Michael Kretschmer**  
Kulturausschuss des Deutschen  
Bundestages (stv.)  
Stellvertretender Vorsitzender  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Eigentlich hätte die Kulturstiftung des Bundes unter diesen Umständen eine frühe Selbstverständlichkeit sein müssen – so wie Pro Helvetia in der Schweiz oder der Arts Council of Great Britain. Doch der Gründung vor zehn Jahren musste ein kultureller Wandel vorausgehen: Die Länder fühlten sich in ihrer Kulturhoheit nicht mehr bedroht und akzeptierten den Bund als Partner. Dass die Kulturstiftung des Bundes ihren Sitz in der traditionsreichen Kulturstadt Halle an der Saale nahm, lässt sich als Bekenntnis zum Land der Moderne und zugleich zum Föderalismus deuten. Wenn erst der Neubau in der Nachbarschaft der Franckeschen Stiftungen bezugsfertig ist, ermöglicht durch das Konjunkturpaket II der Bundesregierung, wird manifest, welche Bedeutung und

Wertschätzung die größte Kulturstiftung Europas inzwischen genießt. Befürchtungen, der Staat würde durch die Millionen aus dem Bundeshaushalt die Autonomie der Kunst aushöhlen und nur noch repräsentative, politisch korrekte und breitenwirksame Arbeiten unterstützen, haben sich zum Glück nie bewahrheitet. Auch wenn der Kulturstaatsminister dem Stiftungsrat vorsitzt und in dem Gremium Parlamentarier vertreten sind, so sind sich doch alle Beteiligten in ihrem Bekenntnis zur Zeitgenossenschaft einig. Nicht nur das Erbe, auch die Zukunft braucht eine Lobby.

## Motor der Veränderung

Die Kulturstiftung des Bundes hätte sich nicht so schnell etabliert, wäre es ihr nur ums Geldverteilen gegangen. Ihre gesellschaftliche Bedeutung bezieht sie aus einem weit gefassten Kulturbegriff, der die Entwicklung im Tanz ebenso ernst nimmt wie die Umbrüche in der Stadtentwicklung, die Veränderungen in der Welt der Arbeit oder die Konflikte im Zuge der Globalisierung. Es war diese Stiftung, die sich früh für schrumpfende Städte interessierte und wusste, dass die Zukunft auch im Weniger liegt. Zudem fördert sie Projekte mit europäischen Partnern, die das Verständnis vom gemeinsamen Kulturraum vertiefen und die Rolle der Kunst als Motor der Veränderung unterstreichen.

Besonders dankbar aber sollten wir für die Debatte über die kulturelle Bildung sein. Mit Großprojekten wie „Jedem Kind ein Instrument“, „Kinder zum Olymp“ oder „Kulturagenten“ ist eine Debatte über den Wert des Ästhetischen für unser Wissen in Gang gekommen, die noch lange nicht beendet ist.

Die Kulturstiftung des Bundes ist möglich geworden, weil die Kulturnation Deutschland eine Vorstellung von ihrer Zukunft besitzt. Und weil sie weiß, dass auch ein starkes Plädoyer für das Neue Teil ihres Fundaments ist.



# Freiheit der Kunst

Grundrecht in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft

Wenn die Freiheit angegriffen wird, leidet darunter erfahrungsgemäß als eine der Ersten die Kunst. Meinungs-, Kunst-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit hängen eng zusammen. Verbrieft sind diese Rechte in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, für Deutschland im Grundgesetz und für Europa in der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950.

Alarmglocken müssen läuten, wenn Kunstfreiheit beschnitten wird, wie anhand der Aufführung der Oper „Idomeneo“ von Wolfgang Amadeus Mozart 2006 zu beobachten war. Sie wurde vom Spielplan der Deutschen Oper Berlin abgesetzt, weil durch die Inszenierung religiöse Gefühle hätten verletzt werden können.



**Erika Steinbach**  
Kulturausschuss des Deutschen Bundestages (stv.)  
Menschenrechtsbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dies stand mit der organisierten Hass-Kampagne aus islamischen Staaten in Zusammenhang, die sich unter dem Motto „Massakriert alle, die den Islam beleidigen“ gegen die Veröffentlichung von zwölf Mohammed-Karikaturen in der dänischen Tageszeitung „Jyllands Posten“ richtete. Am „Internationalen Tag des Zorns“ (3.2.2006) wurden dänische Botschaften gestürmt, das deutsche Kulturzentrum in Gaza verwüstet und europäische Flaggen verbrannt. Tote und Verletzte waren zu beklagen.

Henryk M. Broder brachte es auf den Punkt: „Es geht um Meinungsfreiheit, den Kern der Aufklärung und der Demokratie, und um die Frage, ob Respekt, Rücksichtnahme und Toleranz die

richtigen Mittel im Umgang mit Kulturen sind, die sich ihrerseits respektlos, rücksichtslos und intolerant gegenüber allem verhalten, was sie für dekadent, provokativ und minderwertig halten, von Frauen in kurzen Röcken bis hin zu Karikaturen, von denen sie sich provoziert fühlen, ohne sie gesehen zu haben.“

## Kein Raum für Intoleranz

Die heftigen Angriffe auf den Papst durch die Religionsbehörden islamisch geprägter Staaten aufgrund der Vorlesung an seiner Heimat-Universität Regensburg entsprangen der gleichen Geisteshaltung und zeugten von Intoleranz.

Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit, auf die Freiheit der Kunst und der Meinung können und dürfen in unserer Demokratie keinen Raum erhalten. Jede Religion darf hier gelebt werden. Die Zerstörung unserer Werte aber nicht.

Deshalb muss jeder, dem Kunst und Kultur und deren Freiräume am Herzen liegen, ein waches Auge auf den sich ausbreitenden Salafismus haben. Die Zerstörung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland, um Freiräume für die Scharia, ein angeblich auf göttliche Sendung gegründetes Regelwerk für alle Lebensbereiche, zu schaffen, ist erklärtes Ziel der Islamisten. Zutiefst davon betroffen, ja bedroht ist unsere Kultur in all ihren Facetten.

Wir müssen den Mut haben, dem zu begegnen – auch und gerade als Politiker, denen Kultur am Herzen liegt. Naivität hilft nicht weiter.

# Vielfalt in der Einheit

## Europäische Kulturpolitik

Im Sommer 2000 ging ein denkwürdiger Literatur-Express auf Reisen. Mehr als 100 Autoren aus 43 europäischen Ländern machten sich mit der Eisenbahn sechs Wochen auf eine lassoförmige Route von Lissabon bis Vilnius. Sie führte über 19 Städte des Kontinents, Endstation war Berlin. Die Autoren haben uns Reiseberichte hinterlassen, die mehr wiegen als das Kursbuch der Deutschen Bahn. Sie beschreiben das andere, das kulturelle Gewicht der europäischen Kultur.

Die kulturpolitische Grundlage dafür findet sich im Vertrag von Maastricht. Im Kultur-Artikel 128 wird der Gemeinschaft ein „Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten“ abverlangt, „unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes“. Dieser Auftrag gehört zur geistigen Grundausrüstung aller kulturpolitischen Integrationsbemühungen.



**Dr. Hans-Gert Pötering MdEP**  
Präsident des Europäischen Parlaments a.D.  
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Europa ist mehr als Wirtschaft und Politik

Wirtschaft und Politik, so sehr wir dieser treibenden Kräfte im europäischen Einigungsprozess bedürfen, reichen bekanntlich nicht aus, um Identität und Orientierung zu ermöglichen. Jean Monnet, der Vater des Schuman-Plans, soll im Rückblick auf das europäische Einigungswerk erklärt haben, wenn er das Ganze noch einmal zu machen hätte, würde er „bei

der Kultur beginnen“. Ohne Literatur, Kunst, Musik, Film, Architektur hätte die europäische Idee keine Zukunft. Die Kultur überliefert die Werte, ohne die Europa nicht geworden wäre, was es im 21. Jahrhundert ist: eine auf Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit des Geistes gegründete Gemeinschaft einzelner Staaten. Ohne diese Grundwerte hätte Europa keinen Bestand.

Zum einen erwächst uns gerade daraus eine Verantwortung gegenüber der Geschichte. Denn auch die Kriege der Neuzeit gehören zum europäischen Erbe. Am Ende des 20. Jahrhunderts aber sind die Mauern gefallen, die Grenzen sagen Ja und nicht mehr Nein. Zur gelebten europäischen Kultur heute gehört die Freiheit zu reisen ebenso wie die gemeinsame Währung. Das macht Mobilität und Verständigung möglich, gegenseitige Besuche der Nachbarn, schulische und akademische Austauschprogramme, multinationale Kulturprojekte.

Zum anderen bedarf europäische Kulturpolitik, wenn sie zukunftsfähig sein will, einer Sensibilität für die kulturellen Besonderheiten des Kontinents. Europa ist kein Schmelztiegel der Nationen. Auch ist es zuviel verlangt, die Kultur zur Erfüllungshelfin einer wie auch immer beschaffenen europäischen Identität zu machen. Europa hat mindestens so viele Kulturen, wie es Länder

---

## Europäisches Kulturerbesiegel



Im April 2006 riefen 17 europäische Staaten auf Initiative Frankreichs das Projekt „**Europäische Kulturerbe-Siegel**“ ins Leben. Es zeichnet Stätten aus, die Ideale und Geschichte der europäischen Einigung symbolkräftig veranschaulichen.

Deutschland ist seit Januar 2011 mit den „Stätten der Reformation“ sowie der Berliner Mauer und dem europäischen Erbe des „Eisernen Vorhangs“ an diesem intergouvernementalen Konzept beteiligt. Es ergänzt die Welterbeliste der UNESCO, indem es weniger die architektonische Qualität als den symbolischen Wert für Europa auch unter pädagogischen Gesichtspunkten betont.

---

und Regionen hat. Pluralität und Subsidiarität, Differenzierung in der Gemeinsamkeit, Vielfalt in der Einheit: Das sind die Voraussetzungen für eine europäische Kulturpolitik mit Augenmaß. Eine europäische Kultur gibt es nicht, wohl aber die Kulturen in Europa. Für sie zeugt der estnische Komponist Arvo Pärt genau so wie der niederländische Schriftsteller Cees Nooteboom und der oscarprämierte Filmemacher Florian von Henckell-Donnersmarck, der in Köln geboren ist.

Es sind die Künstler und Kulturschaffenden, die Europa zu einer Heimat machen, in der sich Menschen verschiedener Herkunft und unterschiedlichen Glaubens zuhause fühlen. Kultur stiftet Vertrauen, vertieft Verständigung, schafft Zugehörigkeit. In einer Welt der globalen Beschleunigung ist die Beheimatung in der Kultur wichtiger denn je.

## Ohne Kultur keine Bildung – ohne Bildung keine Kultur

Dem aktuellen Kultur-Programm der Europäischen Union stehen für den Zeitraum 2007 bis 2013 rund 400 Millionen Euro zur Verfügung. Dieses Budget, das im Rahmen des neuen Förderprogramms „Kreatives Europa“ auf 1,8 Milliarden Euro aufgestockt werden soll, dient der Förderung der kulturellen Vielfalt, der Belebung künstlerischer Kreativität und dem nachbarschaftlichen Dialog.

Ganz ähnliche Ziele verfolgt auch das Erasmus-Programm für Hochschulbildung der Europäischen Union. Kultur und Bildung bedingen einander; das eine ist nicht ohne das andere vorstellbar. Das Erasmus-Programm dient der Schaffung eines Europäischen Hochschulraums und der Förderung von Innovation in allen Teilen Europas. 3,1 Milliarden Euro – 450 Millionen Euro pro Jahr – stehen im Zeitraum 2007 bis 2013 dafür bereit.

Europäische Kulturpolitik: Das sind viele kleine pragmatische Aufgaben, die einer großen Idee folgen – nämlich der, wie Thomas Mann schon 1935 sagte, „Berührung der Kultursphären“ und „Annäherung der Völker“. Damit ist der europäische Kultur-Zug auf dem rechten Weg.

# Anhang



Die Arbeitsgruppe Kultur und Medien tagt in jeder Sitzungswoche, diskutiert über aktuelle kulturpolitische Themen, stimmt die Meinungsbildung für die gesamte CDU/CSU-Bundestagsfraktion ab, plant Initiativen, Fachgespräche und Kongresse und hält engen Kontakt mit zahlreichen Kulturinstitutionen und Kulturverbänden.

# Mitglieder der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

---

## Dorothee Bär MdB

### Wahlkreis 248

Bad Kissingen, Haßberge,  
Rhön-Grabfeld

[www.dorothee-baer.de](http://www.dorothee-baer.de)

- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss Neue Medien
- Familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
- Stellvertretende Generalsekretärin der CSU Deutschlands

---

## Wolfgang Börnsen (Bönstrup) MdB

### Wahlkreis 1

Flensburg-Schleswig

[www.wolfgang-boernsen.de](http://www.wolfgang-boernsen.de)

- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
- Ehrenvorsitzender des Arbeitskreises Küste der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
- Berichterstatter für internationale Jugendaustauschprogramme in der Kommission des Ältestenrates für Innere Angelegenheiten

---

## Reinhard Grindel MdB

### Wahlkreis 36

Rotenburg I,  
Soltau-Fallingbostal

[www.reinhard-grindel.de](http://www.reinhard-grindel.de)

- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Innenausschuss
- Obmann im 1. Untersuchungsausschuss Gorleben

---

### **Prof. Monika Grütters MdB**

---

#### **Wahlkreis 86**

Berlin Marzahn/Hellersdorf

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

- Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik“
- Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

---

### **Christoph Poland MdB**

---

#### **Wahlkreis 18**

Mecklenburg-Strelitz,  
Uecker-Randow,  
Neubrandenburg

[www.christoph-poland.de](http://www.christoph-poland.de)

- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

---

### **Johannes Selle MdB**

---

#### **Wahlkreis 191**

Kyffhäuserkreis-Sömmerda-  
Weimarer Land I

[www.johannes-selle.de](http://www.johannes-selle.de)

- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Mitglied im Unterausschuss Neue Medien



---

### Thomas Strobl MdB

---

**Wahlkreis 267**

Heilbronn

[www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Vorsitzender des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
- Mitglied im Vermittlungsausschuss
- Mitglied im Gemeinsamen Ausschuss
- Mitglied des Ältestenrates

---

### Marco Wanderwitz MdB

---

**Wahlkreis 164**

Chemnitzer Umland/  
Erzgebirgskreis II

[www.wanderwitz.de](http://www.wanderwitz.de)

- Obmann im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss Neue Medien
- Mitglied im Rechtsausschuss
- Mitglied im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
- Vorsitzender der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

---

### Dagmar Wöhrl MdB

---

**Wahlkreis 244**

Nürnberg-Nord

[www.dagmar-woehrl.de](http://www.dagmar-woehrl.de)

- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Parlamentarische Staatssekretärin a.D.
- Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Parlamentarische Initiativen der Arbeitsgruppe  
Kultur und Medien der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag (Auswahl)

**Änderung des Filmförderungsgesetzes**

Drucksache 17/1292

**Achte Änderung des Stasi-Unterlagengesetzes**

Drucksache 17/5894

**Kulturtourismus in Deutschland stärken**

Drucksache 17/676

**Das Reformationsjubiläum im Jahre 2017 –  
ein Ereignis von Weltrang**

Drucksache 17/6465

**60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen  
– Aussöhnung vollenden**

Drucksache 17/4193

**Gedenkort für die Opfer der NS-„Euthanasie-Morde“**

Drucksache 17/5493

**UNESCO-Welterbestätten in Deutschland stärken**

Drucksache 17/7357

**UNESCO-Konvention zum immateriellen Kulturerbe  
vorantreiben**

Drucksache 17/6314

**Digitalisierungsoffensive für unser kulturelles  
Erbe beginnen**

Drucksache 17/6315

**Barrierefreies Filmangebot umfassend ausweiten**

Drucksache 17/7709

**Kulturwirtschaft als Motor für Beschäftigung und Wachstum stärken**

Drucksache 16/5110

**Einsetzung einer Enquete-Kommission  
„Kultur in Deutschland“**

Drucksache 16/196

**Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte  
in Deutschland**

Drucksache 15/1874

**Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals**

Drucksache 16/6776

**Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlosses**

Drucksache 16/7488

**Einheit in Vielfalt: Kulturpolitik in und für Europa  
aktiv gestalten**

Drucksache 16/11221

**Das Deutsche Filmerbe sichern**

Drucksache 16/8504

**Zehn Jahre anerkannte Regional- und Minderheitensprachen  
in Deutschland**

Drucksache 16/11773

Ausgaben des Beauftragten der  
Bundesregierung für Kultur und Medien  
im Jahr 2012

	in Tausend Euro
<b>1. Kulturstiftungen</b>	<b>266.629</b>
<hr/>	
davon z.B.	
· Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin	197.728
· Kulturstiftung des Bundes, Halle/Saale	35.000
· Klassik Stiftung Weimar	11.505
<b>2. Museen</b>	<b>89.407</b>
<hr/>	
davon z.B.:	
· Deutsches Historisches Museum, Berlin	45.890
· Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn	21.243
<b>3. Deutsche Nationalbibliothek, Frankfurt am Main/Leipzig</b>	<b>45.019</b>
<hr/>	
<b>4. Archive</b>	<b>87.367</b>
<hr/>	
davon z.B.:	
· Bundesarchiv, Koblenz	53.834
· Stiftung Bach-Archiv, Leipzig	661
· Deutsche Digitale Bibliothek	1.300
· Finanzierung des Internationalen Suchdienstes Bad Arolsen	14.464

	in Tausend Euro
<b>5. Festspiele</b>	<b>433</b>
<hr/>	
Ruhrfestspiele	307
Bad Hersfeld	126
<b>6. Denkmalpflege und Sicherung von Kulturgut</b>	<b>46.936</b>
<hr/>	
<b>7. Förderung kultureller Maßnahmen gem. §96 Bundesvertriebenengesetz</b>	<b>14.835</b>
<hr/>	
davon z.B.:	
· Herder-Institut, Marburg	2.287
· Deutsches Kulturforum östliches Europa e.V., Potsdam	1.180
· Pommersches Landesmuseum, Greifswald	640
· Schlesisches Museum, Görlitz	550
· Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas e.V., München	657
· Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg	942

in Tausend Euro

**8. Internationale kulturelle  
Aufgaben im Inland** **2.221**

---

davon z.B.:

- Stiftung Genshagen, Berlin-Brandenburgisches Institut für deutsch-französische Zusammenarbeit 873
- Denkmalkomitee ICOMOS 145

**9. Förderung von Künstlern** **2.954**

---

davon z.B.:

- Villa Massimo in Rom 2.090
- Studienzentrum Venedig 491
- Villa Romana e.V. in Florenz 170

**10. Musik** **21.229**

---

davon z.B.:

- Bayreuther Festspiele 2.263
- Rundfunk-Orchester und Chöre GmbH, Berlin 11.871
- Initiative Musik 1.500

in Tausend Euro

**11. Film** **91.466**

---

davon z.B.:

- Stiftung Deutsche Kinemathek 8.638
- Deutscher Filmförderfonds 60.000
- Digitalisierung der Kinos 4.000

**12. Sprache und Literatur** **8.023**

---

davon z.B.:

- Deutsche Schillergesellschaft 5.091
- Writers in Exil 340

**13. Bildende Kunst** **485**

---

**14. Förderung von Kunst und Kultur  
in der Bundeshauptstadt Berlin** **72.959**

---

davon z.B.:

- Hauptstadtkulturfonds 11.655
- Kulturveranstaltungen des Bundes  
in Berlin 25.795
- Jüdisches Museum 14.875

in Tausend Euro

**15. Geschichtsbewusstsein** **53.835**

---

davon z.B.:

· Gedenkstättenkonzept	8.469
· Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas	3.019
· Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung	2.500
· Stiftung Aufarbeitung SED-Unrecht	2.842
· Gedenkstätte Buchenwald	3.381
· Gedenkstätte Deutscher Widerstand	1.760
· Gedenkstätte Berliner Mauer	941
· Zeitzeugenbüro	200
· Reformationsjubiläum	5.000

**16. Medien** **279.058**

---

davon z.B.:

· Deutsche Welle	271.653
· Ein Netz für Kinder	1.000
· Computerspielepreis	300

**17. Sonstige Kulturförderungs-  
maßnahmen** **17.693**

---

davon z.B.:

· Investitionen für nationale Kultur- einrichtungen in Ostdeutschland	4.136
--	-------



in Tausend Euro

<b>18. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheits- dienstes der ehemaligen DDR (BStU)</b>	<b>102.337</b>
---	----------------

---

<b>19. Kulturelle Vermittlung</b>	<b>1.500</b>
-----------------------------------	--------------

---

<b>Gesamtsumme</b>	<b>1.204.386</b>
--------------------	------------------

---

# Impressum

## Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Stefan Müller MdB  
Parlamentarische Geschäftsführer

## Kontakt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin  
T 030. 227-5 53 74 · F -5 01 46  
pressestelle@cducsu.de  
www.cducsu.de

## Gestaltung

Adler & Schmidt Kommunikations-Design, Berlin

## Druck

Ruksaldruck, Berlin  
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiger  
Waldbewirtschaftung

## Bildnachweis

Umschlag: Begehrter Flügel, museumspädagogisches Angebot im Hof des Weimarer Stadtschlösses, Klassik Stiftung Weimar/Jens Hauspurg; Umschlag innen: Bundesregierung/Steffen Kugler; S. 2: CDU/CSU-Bundestagsfraktion; S. 7: Martin Lengemann; S. 13: Christof Rieken; S. 14: ddp images/dapd/Norbert Millauer; S. 17: Bundesregierung/Steffen Kugler; S. 23: Achim Melde; S. 25: BMVBS/Frank Ossenbrink; S. 26: Ute Grabowsky/photothek.net; S. 29: Laurence Chaperon; S. 30: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Uta Wentzel; S. 31: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Uta Wentzel; S. 33: Laurence Chaperon; S. 34: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Uta Wentzel; S. 35: CSU; S. 37: Laurence Chaperon; S. 39: CDU/CSU-Bundestagsfraktion; S. 40: Milla & Partner/Sasha Waltz; S. 43: CDU/CSU-Bundestagsfraktion; S. 45: Laurence Chaperon; S. 46: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen/Arthur Schmidt; S. 49: Deutscher Bundestag/Achim Melde; S. 51: Kulturstiftung der Länder/Kinder zum Olymp; S. 53: CDU/CSU-Bundestagsfraktion; S. 55: Deutscher Bundestag; S. 57: Europäisches Parlament; S. 60: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Uta Wentzel

Die Fotos dieser Broschüre sind urheberrechtlich geschützt.

## Stand

August 2012



Die Textbeiträge werden unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>.

Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen:

**Namensnennung**

Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Zitierhinweis: Autor, Funktion, Beitragstitel, aus: CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Kultur fördern, unser Erbe bewahren.

**Keine kommerzielle Nutzung**

Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

**Keine Bearbeitung**

Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

